

1979	Ausgegeben zu Bonn am 6. Juni 1979	Nr. 25
------	------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
30. 5. 79	Gesetz zu dem Abkommen vom 13. Juli 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	585
30. 5. 79	Gesetz zu dem Abkommen vom 17. Mai 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kenia zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	606
30. 5. 79	Gesetz zu dem Abkommen vom 18. Juli 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	626
30. 5. 79	Gesetz zu dem Abkommen vom 17. März 1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Venezuela zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschifffahrt	642
17. 5. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Einführung eines Einheitlichen Gesetzes über den internationalen Kauf beweglicher Sachen	646
17. 5. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Einführung eines Einheitlichen Gesetzes über den Abschluß von internationalen Kaufverträgen über bewegliche Sachen	647

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 13. Juli 1978
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Vom 30. Mai 1979

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Buenos Aires am 13. Juli 1978 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 29 Abs. 2 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht dieser Anwendung die Unan-

fechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.

(2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels 29 Abs. 2 des Abkommens für die Zeit bis zum Beginn des Jahres, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart unter Berücksichtigung der jeweiligen Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Argentinischen Republik insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 30. Mai 1979

Der Bundespräsident
Scheel

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Matthöfer

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Argentinischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

**Convenio
entre la República Federal de Alemania
y la República Argentina
para evitar la doble imposición
con respecto a los impuestos sobre la renta y el capital**

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

UND

DIE ARGENTINISCHE REPUBLIK —

LA REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA

Y

LA REPÚBLICA ARGENTINA,

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen, um die Investitionstätigkeit und den Handel zwischen den beiden Staaten zu fördern —

en el deseo de concluir un Convenio para evitar la doble imposición con respecto a los impuestos sobre la renta y el capital, con el objeto de fomentar la inversión y el comercio recíproco,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

HAN ACORDADO LO SIGUIENTE:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind, und für Einkünfte und Veräußerungsgewinne, die von diesen Personen bezogen werden, sowie für Vermögen, das diesen Personen gehört.

Artículo 1º

Ámbito personal

Este Convenio se aplicará a las personas residentes en uno o en ambos Estados Contratantes, y también a la renta y a las ganancias de capital obtenidas por, y al capital perteneciente a, dichas personas.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragsstaaten, eines seiner Länder, einer seiner Provinzen oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,

die Vermögensteuer und
die Gewerbesteuer

(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

Artículo 2º

Impuestos comprendidos

1. Este Convenio se aplicará a los impuestos sobre la renta y sobre el capital exigibles por cada uno de los Estados Contratantes o sus Estados Federados, Provincias, Subdivisiones Políticas o autoridades locales, cualquiera fuera el sistema de percepción.

2. Se considerarán como impuestos sobre la renta y sobre el capital todos los impuestos que gravan la renta total, o el capital total, o cualquier parte de los mismos, incluidos los impuestos sobre las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles o inmuebles, como así también a los impuestos sobre la revaluación de capital.

3. Los impuestos existentes a los cuales se aplicará este Convenio, son en particular:

a) En la República Federal de Alemania:

el Impuesto sobre la renta (die Einkommensteuer),
el Impuesto sobre las sociedades (die Körperschaftsteuer),

el Impuesto al capital, y (die Vermögensteuer) und
el Impuesto al comercio (die Gewerbesteuer)

llamados a continuación «impuesto alemán»

b) in der Argentinischen Republik:

die Gewinnsteuer (Impuesto a las Ganancias),
die Sondergewinnsteuer (Impuesto a los beneficios eventuales),
die Kapitalsteuer (Impuesto al capital de las empresas),

die Vermögensteuer (Impuesto al Patrimonio Neto);
(im folgenden als „argentinische Steuer“ bezeichnet).

(4) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

(5) Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Besteuerung des Einkommens oder des Vermögens gelten entsprechend für die nicht nach dem Einkommen oder dem Vermögen berechnete deutsche Gewerbesteuer.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Argentinische Republik und, im geographischen Sinne verwendet, den Geltungsbereich des Steuerrechts des betreffenden Staates;
- b) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- d) bedeuten die Ausdrücke „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ und „eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person“ je nach dem Zusammenhang eine in der Bundesrepublik Deutschland oder eine in der Argentinischen Republik ansässige Person;
- e) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“ je nachdem ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- f) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
 - bb) in bezug auf die Argentinische Republik alle Staatsangehörigen der Argentinischen Republik sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Argentinischen Republik geltenden Recht errichtet worden sind;
- g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird; ausgenommen sind die Fälle, in denen das Seeschiff oder Luftfahrzeug ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben wird;

b) En la República Argentina:

el Impuesto a las ganancias (die Gewinnsteuer),
el Impuesto a los beneficios eventuales (die Sondergewinnsteuer),
el Impuesto al capital de las empresas (die Kapitalsteuer),
el Impuesto al patrimonio neto (die Vermögensteuer),
llamados a continuación «impuesto argentino»

4. El presente Convenio se aplica también a los impuestos futuros de naturaleza idéntica o análoga, que se agreguen a los actuales o que los sustituyan.

5. Las disposiciones de este Convenio en relación a la imposición a la renta o al capital serán también aplicables al impuesto al comercio alemán, aunque el mismo se calcule sobre una base distinta a la de la renta o el capital.

Artículo 3°

Definiciones generales

1. En este Convenio, a menos que el contexto lo disponga de otro modo:

- a) Los términos «un Estado Contratante» y «el otro Estado Contratante» significan la República Federal de Alemania o la República Argentina, tal como el texto lo requiera y, cuando fuera usado en un sentido geográfico, el territorio en que está en vigor la ley impositiva del Estado correspondiente;
- b) La expresión «persona» significa una persona física y una sociedad;
- c) La expresión «sociedad» significa cualquier persona jurídica o cualquier entidad que es tratada como una persona jurídica a los fines impositivos;
- d) Los términos «residente de un Estado Contratante» y «residente del otro Estado Contratante» significan, respectivamente, una persona que es residente de la República Federal de Alemania o una persona que es residente de la República Argentina, tal como el texto lo requiera;
- e) Los términos «empresa de un Estado Contratante» y «empresa del otro Estado Contratante» significan, respectivamente, una empresa desarrollada por un residente de un Estado Contratante y una empresa desarrollada por un residente del otro Estado Contratante;
- f) La expresión «nacional» significa:
 - aa) Con respecto a la República Federal de Alemania, cualquier alemán en el sentido del artículo 116, apartado 1, de la LEY FUNDAMENTAL para la República Federal de Alemania y cualquier persona jurídica, sociedad de personas o asociación, cuyo carácter de tal derive de la legislación en vigor en la República Federal de Alemania;
 - bb) Con respecto a la República Argentina, cualquier nacional de la República Argentina y cualquier persona jurídica, sociedad de personas o asociación cuyo carácter de tal derive de las leyes en vigor en la República Argentina.
- g) El término «tráfico internacional» significa cualquier transporte por buque o aeronave explotado por una empresa que tiene su dirección efectiva establecida en un Estado Contratante, excepto cuando el buque o la aeronave es explotado solamente entre lugares del otro Estado Contratante;

h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen und auf seiten der Argentinischen Republik das Ministerium für Wirtschaft (Staatssekretär für Finanzen).

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand dieses Abkommens sind.

Artikel 4 Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in ihrem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die ihren Wohnsitz, ihren ständigen Aufenthalt, ihren gewöhnlichen Aufenthalt, den Ort ihrer Geschäftsleitung oder ihren Sitz in diesem Staat hat.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt;
- d) besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines der Vertragsstaaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5 Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte,

h) La expresión «autoridad competente» significa en el caso de la República Federal de Alemania el Ministerio Federal de Finanzas, y en el caso de la República Argentina el Ministerio de Economía (Secretaría de Estado de Hacienda).

2. Para la aplicación del presente Convenio por un Estado Contratante, cualquier expresión no definida de otra manera tendrá, a menos que el texto exija una interpretación diferente, el significado que se le atribuya por la legislación de ese Estado Contratante, relativa a los impuestos que son objeto del presente Convenio.

Artículo 4º Domicilio Fiscal

1. A los fines de este Convenio, el término «residente de un Estado Contratante» significa cualquier persona que tiene su domicilio, residencia, lugar de estadia habitual, lugar de dirección o sede en dicho Estado.

2. Cuando, en virtud de las disposiciones del apartado 1, una persona física es residente de ambos Estados Contratantes, el caso será resuelto de acuerdo con las siguientes reglas:

- a) Será considerada residente del Estado Contratante en el cual tiene una vivienda permanente disponible: si tiene una vivienda permanente disponible en ambos Estados Contratantes, será considerada residente del Estado Contratante con el que mantenga relaciones personales y económicas más estrechas (centro de intereses vitales);
- b) Si no pudiera determinarse el Estado Contratante en el cual tiene su centro de intereses vitales o si no tuviera una vivienda permanente disponible en ninguno de los Estados Contratantes, será considerada residente del Estado Contratante donde vive de manera habitual;
- c) Si viviera de manera habitual en ambos Estados Contratantes o no lo hiciera en ninguno de ellos, será considerada residente del Estado Contratante del cual es nacional;
- d) Si es nacional de ambos Estados Contratantes o no lo es de ninguno de ellos, las autoridades competentes de los Estados Contratantes resolverán el caso de común acuerdo.

3. Cuando en virtud de las disposiciones del apartado 1), una persona, que no sea una persona física, sea residente de ambos Estados Contratantes, se la considerará residente del Estado Contratante en que se encuentre su sede de dirección efectiva.

Artículo 5º Establecimiento permanente

1. A los fines de este Convenio, la expresión «establecimiento permanente» significa un lugar fijo de negocios en el que una empresa efectúa toda o parte de su actividad.

2. La expresión «establecimiento permanente» incluye especialmente:

- a) un lugar de dirección;
- b) una sucursal;
- c) una oficina;
- d) una fábrica;
- e) un taller;

- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Naturschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer sechs Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 – in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge zu schließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt. Ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaats wird jedoch so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat, wenn es in diesem anderen Staat durch einen Vertreter – mit Ausnahme der in Absatz 5 erwähnten Personen – Prämien einzieht oder dort gelegene Risiken versichert.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen.

(7) Ungeachtet des Absatzes 3 Buchstabe d und des Absatzes 4 wird ein Unternehmen eines Vertragsstaats, das in dem anderen Vertragsstaat eine feste Geschäftseinrichtung oder einen Vertreter im Sinne von Absatz 4 für den Einkauf von Erzeugnissen der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht, des Bergbaus und der Farmwirtschaft für das Unternehmen hat, im Zusammenhang mit Gewinnen aus dem Einkauf dieser Waren zur Ausfuhr aus dem anderen Vertragsstaat zu einem niedrigeren als dem zwischen unabhängigen Geschäftspartnern vereinbarten Preis so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat.

- f) una mina, cantera u otro lugar de extracción de recursos naturales;
- g) las obras de construcción o de montaje cuya duración exceda de seis meses.

3. El término „establecimiento permanente“ no comprende:

- a) La utilización de instalaciones con el único fin de almacenar, exponer o entregar bienes o mercaderías pertenecientes a la empresa;
- b) El mantenimiento de un depósito de bienes o mercaderías pertenecientes a la empresa, con el único fin de almacenarlas, exponerlas o entregarlas;
- c) El mantenimiento de un depósito de bienes o mercaderías pertenecientes a la empresa con el único fin de que sean procesadas por otra empresa;
- d) El mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de adquirir bienes o mercaderías, o de recoger información para la empresa;
- e) El mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de hacer publicidad, suministrar información, realizar investigaciones científicas o desarrollar otras actividades similares que tengan carácter preparatorio o auxiliar, siempre que estas actividades se realicen para la empresa.

4. Una persona que actúe en un Estado Contratante por cuenta de una empresa del otro Estado Contratante – salvo que se trate de un agente independiente comprendido en el apartado 5 – será considerado un establecimiento permanente en el Estado primeramente mencionado si tiene, y habitualmente ejerce en este Estado poderes para concluir contratos en nombre de la empresa, a menos que sus actividades se limiten a la compra de bienes o mercaderías para la misma. Sin embargo, una sociedad aseguradora de un Estado Contratante se considerará que tiene un establecimiento permanente en el otro Estado Contratante siempre que (a través de un representante distinto de las personas a las que les resulta aplicable el apartado 5) reciba premios o asegure riesgos en ese otro Estado.

5. No se considera que una empresa de un Estado Contratante tiene un establecimiento permanente en el otro Estado Contratante, por el mero hecho de que realice actividades en ese otro Estado por medio de un corredor, un comisionista general o cualquier otro intermediario que goce de una situación independiente, siempre que estas personas actúen en el curso habitual de sus negocios.

6. El hecho de que una sociedad residente de un Estado Contratante controle o sea controlada por una sociedad residente del otro Estado Contratante, o que ejerza actividades en este otro Estado (ya sea por medio de un establecimiento permanente o de otro modo) no convierte por sí solo a cualquiera de estas sociedades en un establecimiento permanente de la otra.

7. No obstante las disposiciones del apartado 3, subapartado d) y apartado 4, cuando una empresa de uno de los Estados Contratantes tenga un lugar fijo de negocios o un agente, comprendido en los términos del apartado 4, en el otro Estado Contratante, con el propósito de adquirir productos agrícolas, forestales, ganaderos, mineros y de granja para la empresa, se considerará que tiene un establecimiento permanente en el otro Estado Contratante con respecto a los beneficios derivados de la adquisición de esas mercaderías para exportar desde ese Estado Contratante, a un precio inferior al que hubiera sido convenido entre partes independientes.

Artikel 6 Unbewegliches Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf welche die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Naturschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufs dient.

Artikel 7 Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu besteuernenden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die Art der angewendeten Gewinnaufteilung muß jedoch so sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte vorbehaltlich des Artikels 5 Absatz 7 kein Gewinn zugerechnet.

Artículo 6º Bienes inmuebles

1. Las rentas derivadas de bienes inmuebles pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que tales bienes están situados.

2. La expresión «bien inmueble» será definida de acuerdo con la ley del Estado Contratante en que el bien en cuestión esté situado. El término comprende en cualquier caso los bienes accesorios a la propiedad inmueble, ganado y equipos utilizados en agricultura y forestación, derechos a los que se apliquen las disposiciones de derecho privado relativas a bienes raíces, usufructo de bienes inmuebles y los derechos a pagos variables o fijos por la explotación o el derecho a explotar yacimientos minerales, fuentes y otros recursos naturales. Los buques, embarcaciones y aeronaves no serán consideradas como bienes inmuebles.

3. Las disposiciones del apartado 1 se aplicarán a las rentas derivadas del uso directo, del arrendamiento o de cualquier otra forma de explotación de los bienes inmuebles.

4. Las disposiciones de los apartados 1 y 3 se aplicarán igualmente a las rentas derivadas de los bienes inmuebles de las empresas y de los bienes inmuebles utilizados para el ejercicio de servicios profesionales.

Artículo 7º Beneficios de las empresas

1. Los beneficios de una empresa de un Estado Contratante no podrán someterse a imposición en el otro Estado Contratante, a menos que la empresa lleve a cabo negocios en ese otro Estado Contratante a través de un establecimiento permanente situado en él. Si la empresa lleva a cabo negocios en la forma mencionada, sus beneficios podrán ser gravados en el otro Estado pero sólo en la cantidad atribuible a ese establecimiento permanente.

2. Cuando una empresa de un Estado Contratante lleva a cabo negocios en el otro Estado Contratante mediante un establecimiento permanente situado en él, en cada Estado Contratante serán atribuibles al establecimiento permanente los beneficios que éste obtendría si fuera una empresa distinta e independiente, ocupada en las mismas o similares actividades, bajo las mismas condiciones y tratase con total independencia con la empresa de la cual es un establecimiento permanente.

3. En la determinación de los beneficios de un establecimiento permanente se permitirá deducir los gastos en que se incurra a los fines de dicho establecimiento, incluyendo los gastos de dirección y de administración general, sea en el Estado en que el establecimiento permanente está situado o en cualquier otra parte.

4. Mientras sea usual en un Estado Contratante determinar los beneficios atribuibles a los establecimientos permanentes sobre la base de un reparto de los beneficios totales de la empresa entre sus diversas partes, lo establecido en el apartado 2 no impedirá que este Estado Contratante determine de esta manera los beneficios imponibles; sin embargo, el método de reparto adoptado habrá de ser tal que el resultado obtenido esté de acuerdo con los principios enunciados en este artículo.

5. Ningún beneficio, sin perjuicio de las disposiciones del artículo 5º apartado 7, será atribuido a un establecimiento permanente por el solo hecho de que éste compre bienes o mercaderías para la empresa.

(6) Bei der Anwendung der Absätze 1 bis 5 sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Hat eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person eine Betriebsstätte in der Argentinischen Republik, so darf die argentinische Steuer auf die Gewinne dieser Betriebsstätte, gleichgültig ob die Steuer bei der Betriebsstätte selbst, bei der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person oder bei beiden erhoben wird, die Steuer, die nach argentinischem Recht auf die Gewinne einer in der Argentinischen Republik ansässigen Gesellschaft entfällt, sowie zusätzlich 15 vom Hundert dieser Gewinne, ermittelt nach Abzug der genannten Steuer auf die Gewinne einer Gesellschaft, nicht übersteigen.

(8) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8 **Seeschiffe und Luftfahrzeuge**

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens, das Seeschiffe oder Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr betreibt, an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

Artikel 9 **Verbundene Unternehmen**

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10 **Dividenden**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

6. A los fines de los apartados precedentes, los beneficios atribuibles al establecimiento permanente se calcularán cada año por el mismo método, a no ser que existan motivos suficientes para proceder de otra manera.

7. Cuando un residente de la República Federal de Alemania tenga un establecimiento permanente en la República Argentina, el impuesto argentino sobre los beneficios de ese establecimiento permanente, ya sea que recaiga sobre el establecimiento permanente como tal, sobre el residente mencionado o sobre ambos, no excederá el impuesto que conforme a la ley argentina resulta aplicable a los beneficios de una sociedad domiciliada en la República Argentina, más el quince por ciento de tales beneficios calculados después de la deducción del impuesto antes indicado.

8. Cuando los beneficios comprendan rentas reguladas separadamente en otros artículos de este Convenio, las disposiciones de aquéllos no quedarán afectadas por las del presente artículo.

Artículo 8° **Buques y aeronaves**

1. Los beneficios provenientes de la explotación de buques o aeronaves en el tráfico internacional sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en el que se encuentra ubicada la sede de dirección efectiva de la empresa.

2. Las disposiciones del apartado 1 serán igualmente aplicables a las participaciones — en «pools», en empresas conjuntas o en una agencia de operaciones internacionales — que posea una empresa dedicada a la explotación de buques o aeronaves en el tráfico internacional.

3. Si la sede de dirección efectiva de una empresa de navegación estuviera a bordo de un buque, se considerará que la misma se encuentra en el Estado Contratante donde está ubicado el puerto de origen del buque y, si no existiere tal puerto de origen, en el Estado Contratante en el que resida la persona que explota el buque.

Artículo 9° **Empresas asociadas**

Cuando:

- a) Una empresa de un Estado Contratante participe directa o indirectamente en la dirección, control o capital de una empresa del otro Estado Contratante, o
- b) Las mismas personas participen directa o indirectamente en la dirección, control o capital de una empresa de un Estado Contratante y de una empresa del otro Estado Contratante,

y en uno y otro caso, las dos empresas estén, en sus relaciones comerciales o financieras, unidas por condiciones, aceptadas o impuestas, que difieran de las que serían acordadas por empresas independientes, los beneficios que una de las empresas habría obtenido de no existir estas condiciones y que de hecho no se han producido a causa de las mismas, pueden ser incluidos en los beneficios de esta empresa y sometidos en consecuencia, a imposición.

Artículo 10 **Dividendos**

1. Los dividendos pagados por una sociedad residente de un Estado Contratante a un residente del otro Estado Contratante, pueden someterse a imposición en este último Estado.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind, sowie Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder einen freien Beruf durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für welche die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, welche die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11 Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen

a) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen, wenn sie im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen auf Kredit, für ein von einer Bank gewährtes Darlehen jeder Art sowie im Zusammenhang mit der Finanzierung öffentlicher Arbeiten gezahlt werden;

b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen in allen anderen Fällen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 gilt folgendes:

a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die argentinische Regierung oder die Zentralbank der Argentinischen Republik gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;

b) Zinsen, die aus der Argentinischen Republik stammen und an die deutsche Regierung, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die

2. Sin embargo, tales dividendos pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que resida la sociedad que pague los dividendos y de acuerdo con las leyes de este Estado, pero el impuesto así exigido no deberá exceder del 15 por ciento del importe bruto de los dividendos.

3. El término «dividendos», tal como está utilizado en este artículo significa las rentas de acciones, de participaciones mineras, de acciones de fundador o de otros derechos — excepto las que correspondan a créditos — con participación en los beneficios, así como las rentas de otras participaciones sociales que se asimilen a las rentas provenientes de acciones por la legislación fiscal del Estado en que reside la sociedad que las distribuye, y las rentas del capital comanditario y las distribuciones que correspondan a las cuotas parte de un fondo común de inversión.

4. No se aplicarán las disposiciones de los apartados 1 y 2 cuando el beneficiario de los dividendos, residente en un Estado Contratante, lleva a cabo actividades empresariales o comerciales en el otro Estado Contratante en el que reside la sociedad que paga los dividendos, mediante un establecimiento permanente situado en éste, o preste servicios profesionales en ese otro Estado Contratante a través de un lugar fijo situado en éste, y la participación que genera los dividendos se vincula efectivamente a ese establecimiento permanente o lugar fijo. En tal caso, deberán aplicarse las disposiciones del artículo 7^o o del artículo 14, según corresponda.

5. Cuando una compañía residente de un Estado Contratante obtiene beneficios o rentas del otro Estado Contratante, ese otro Estado no puede exigir ningún impuesto sobre los dividendos pagados por la sociedad a personas que no sean residentes de ese otro Estado, o someter los beneficios no distribuidos de la sociedad a un impuesto sobre beneficios no distribuidos, aun cuando los dividendos pagados o los beneficios no distribuidos consistan, total o parcialmente, en beneficios o rentas originados en ese otro Estado.

Artículo 11 Intereses

1. Los intereses originados en un Estado Contratante y pagados a un residente del otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en ese otro Estado.

2. No obstante, tales intereses pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en el que se originan y de acuerdo con las leyes del mismo, pero el impuesto resultante no deberá exceder el:

a) diez por ciento del importe bruto de tales intereses si los mismos se pagan en virtud de créditos originados en la venta de equipos industriales, comerciales o científicos, o se originan en cualquier clase de préstamos concedidos por un banco, como así también los correspondientes a la financiación de obras públicas;

b) quince por ciento del importe bruto de tales intereses en los demás casos.

3. No obstante las disposiciones del apartado 2:

a) Los intereses originados en la República Federal de Alemania y pagados al Gobierno Argentino o al Banco Central de la República Argentina, estarán exentos del impuesto alemán;

b) Los intereses originados en la República Argentina y pagados al Gobierno Alemán, al Banco Federal de Alemania, o al Instituto de Crédito para la Recon-

Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) gezahlt werden, sind von der argentinischen Steuer befreit.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmen in gegenseitigem Einvernehmen alle sonstigen staatlichen Einrichtungen, auf die dieser Absatz Anwendung findet.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(5) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder einen freien Beruf durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für welche die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine seiner Provinzen oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für welche die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12 Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen, die entfallen auf

- a) die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, wenn es sich bei dem Empfänger um den Autor oder dessen Erben handelt; oder
- b) die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen,

struccion, o a la Sociedad Alemana para la Cooperación Económica (Sociedad para el Desarrollo) estarán exentos del impuesto argentino.

Las autoridades competentes de los Estados Contratantes determinarán, de común acuerdo, a qué otras instituciones gubernamentales se les aplicarán las disposiciones del presente apartado.

4. El término «intereses» empleado en este artículo, significa las rentas provenientes de títulos públicos, bonos o debentures con garantía real o sin ella, con o sin derecho a participar en las utilidades, y de créditos de cualquier naturaleza, así como de otras rentas asimiladas a las rentas derivadas de préstamos en dinero por la ley impositiva del Estado del cual provienen.

5. Las disposiciones del apartado 1 no se aplicarán si el receptor de los intereses, residente de un Estado Contratante, lleva a cabo en el otro Estado Contratante en el cual los intereses se originan, actividades comerciales o empresariales mediante un establecimiento permanente en él situado, o preste servicios profesionales en ese otro Estado Contratante mediante un lugar fijo en él situado, y el crédito al que corresponda el pago del interés se vincula efectivamente con tal establecimiento permanente o lugar fijo. En tal caso, se aplicarán las disposiciones del artículo 7^o o del artículo 14, según corresponda.

6. El interés se entenderá originado en un Estado Contratante, cuando el pagador sea el mismo Estado Contratante, un estado federado, una provincia, una subdivisión política o una autoridad local o un residente de ese Estado. Sin embargo, cuando la persona que pague el interés, sea o no residente de un Estado Contratante, posea en un Estado Contratante un establecimiento permanente en conexión con el cual se incurrió en la deuda cuyo interés se paga y el mismo sea soportado por dicho establecimiento permanente, tal interés se entenderá como originado en el Estado Contratante en el cual está situado el establecimiento permanente.

7. Cuando, debido a vinculaciones especiales existentes entre el deudor y el acreedor o las que ambos tengan con terceros, el importe del interés pagado, teniendo en cuenta el crédito por el que provienen, exceda el que sería convenido entre el deudor y el acreedor en ausencia de tales vinculaciones, las disposiciones del presente artículo sólo se aplicarán a este último importe. En tal caso, el excedente de los pagos seguirá siendo imponible de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones de este Convenio.

Artículo 12 Regalías

1. Las regalías originadas en un Estado Contratante y pagadas a un residente del otro Estado Contratante puede someterse a imposición en ese otro Estado.

2. Sin embargo, tales regalías pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en el cual se originan, y de acuerdo con la legislación de ese Estado, pero la alícuota no deberá exceder el 15 por ciento del importe bruto de las regalías originadas:

- a) por el uso, o la concesión del uso de derechos de autor sobre obras literarias, artísticas o científicas, si el beneficiario es el autor o su derechohabiente; o
- b) por el uso o la concesión del uso de patentes, marcas de fábrica, diseños o modelos, planes, fórmulas o pro-

geheimen Formeln oder Verfahren oder die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen.

Solange der Technologie-Transfer nach argentinischem Recht genehmigungspflichtig ist, ist die unter Buchstabe b erwähnte Begrenzung des Steuersatzes bei den aus der Argentinischen Republik stammenden Lizenzgebühren nur dann anzuwenden, wenn der den Lizenzgebühren zugrundeliegende Vertrag von den argentinischen Behörden genehmigt worden ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme oder Bandaufnahmen für Fernsehen oder Rundfunk, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder einen freien Beruf durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine seiner Provinzen oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen

cesos secretos, o por informaciones relativas a experiencias industriales, comerciales o científicas;

En tanto la transferencia de tecnología esté sujeta a aprobación, de acuerdo con la ley argentina, la limitación de la tasa para las regalías comprendidas en el inciso b) será únicamente aplicable, en el caso de regalías originadas en la República Argentina, si el contrato que origina tales regalías está aprobado por las autoridades argentinas.

3. El término «regalías» tal como está usado en este artículo, comprende los montos de cualquier clase pagados por el uso o la concesión del uso de derechos de autor sobre obras literarias, artísticas o científicas, incluidas las películas cinematográficas o grabaciones (tapes) para televisión o radio, patentes, marcas, diseños, modelos, planes, fórmulas o procesos secretos, por el uso o la concesión del uso de equipos industriales, comerciales o científicos, o por informaciones relativas a experiencias industriales, comerciales o científicas.

4. Las disposiciones de los apartados 1 y 2 no serán aplicables si el beneficiario de las regalías, residente de un Estado Contratante, lleva a cabo en el otro Estado Contratante — en el cual se originan las regalías — actividades comerciales o industriales a través de un establecimiento permanente situado en él, o presta en ese otro Estado Contratante servicios profesionales desde un lugar fijo situado en él y el derecho o bien que origina las regalías está vinculado efectivamente con tal establecimiento permanente o lugar fijo. En tal caso serán aplicables las disposiciones del artículo 7^o o del artículo 14, según corresponda.

5. Las regalías serán consideradas originadas en un Estado Contratante cuando el pagador es ese mismo Estado, un Estado Federado, una subdivisión política, una provincia, una autoridad local o un residente de ese Estado. Sin embargo, cuando la persona que pague las regalías, sea o no residente de un Estado Contratante, posea en un Estado Contratante un establecimiento permanente en conexión con el cual se haya incurrido en la obligación de pagar las regalías y las mismas sean soportadas por dicho establecimiento permanente, tales regalías se entenderán como originadas en el Estado Contratante en el cual está situado el establecimiento permanente.

6. Cuando, debido a vinculaciones especiales existentes entre el deudor y el acreedor o a las que ambos tengan con terceros, el importe de las regalías pagadas — teniendo en cuenta el uso, derecho o información por las que son pagadas — excede el monto que habría sido acordado entre el deudor y el acreedor en ausencia de tales vinculaciones, las disposiciones de este artículo sólo se aplicarán a este último importe. En este caso, el excedente de los pagos se someterá a imposición de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniéndose en cuenta las demás disposiciones de este Convenio.

Artículo 13

Ganancias de Capital

1. Las ganancias originadas en la enajenación de bienes inmuebles, conforme se definen en el apartado 2 del artículo 6^o, pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que tales bienes estén situados.

2. Las ganancias originadas en la enajenación de bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente que una empresa de un

Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufs in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden kann.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft können in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von in einem Vertragsstaat registrierten Seeschiffen, Luftfahrzeugen und Kraftfahrzeugen können in diesem Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist. Ist eine Person auf Grund des Artikels 4 Absatz 1 in beiden Vertragsstaaten ansässig und gilt sie nach Absatz 2 oder 3 des genannten Artikels als in einem der beiden Vertragsstaaten ansässig, so können die aus einem dritten Staat bezogenen Veräußerungsgewinne in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, vorausgesetzt, daß die Veräußerungsgewinne nicht im erstgenannten Staat besteuert werden.

Artikel 14 Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und der Angehörigen der wirtschaftsberatenden Berufe.

Artikel 15 Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige

Estado Contratante posea en el otro Estado Contratante, o de bienes muebles que pertenezcan a un lugar fijo que un residente de un Estado Contratante posea en el otro Estado Contratante para la prestación de servicios profesionales, comprendidas las ganancias derivadas de la enajenación del establecimiento permanente (solo o con el conjunto de la empresa) o de dicho lugar fijo, podrán someterse a imposición en este otro Estado. Sin embargo, las ganancias originadas en la enajenación de bienes muebles mencionadas en el apartado 3 del artículo 22, sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante al que, de acuerdo con dicho artículo, corresponde el derecho a gravarlos.

3. Las ganancias originadas en la enajenación de acciones de una sociedad que es residente de un Estado Contratante, pueden someterse a imposición en ese Estado.

4. Las ganancias originadas en la enajenación de buques, aeronaves y automotores registrados en un Estado Contratante, pueden someterse a imposición en ese Estado.

5. Las ganancias originadas en la enajenación de cualquier otro bien distinto de los mencionados en los apartados 1 a 4 sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que reside el enajenante. Cuando en razón de las previsiones del apartado 1 del artículo 4º, una persona es residente de ambos Estados Contratantes y, de acuerdo con las previsiones de los apartados 2 o 3 de dicho artículo, es considerada residente de uno de los Estados Contratantes, las ganancias de capital originadas en un tercer Estado pueden someterse a imposición en el otro Estado Contratante, siempre que tales ganancias de capital no estén sometidas a imposición en el primero de los Estados mencionados.

Artículo 14 Profesiones liberales

1. Las rentas obtenidas por un residente de un Estado Contratante por la prestación de servicios profesionales o el ejercicio de otras actividades independientes de naturaleza análoga, sólo pueden someterse a imposición en este Estado, a no ser que dicho residente disponga de manera habitual en el otro Estado Contratante de un lugar fijo para el ejercicio de su actividad. En este último caso, dichas rentas pueden someterse a imposición en el otro Estado, pero sólo en la medida en que proceda atribuirles al lugar fijo.

2. La expresión «profesiones liberales» comprende, especialmente, las actividades independientes de carácter científico, literario, artístico, educativo o pedagógico, así como las actividades independientes de médicos, abogados, ingenieros, arquitectos, odontólogos y contadores.

Artículo 15 Profesiones dependientes

1. Sujetos a las disposiciones del artículo 16, del artículo 18 y del 19, los sueldos, salarios y remuneraciones similares obtenidos por un residente de un Estado Contratante en virtud de un empleo, sólo pueden someterse a imposición en este Estado, a no ser que el empleo se ejerza en el otro Estado Contratante. Si el empleo se ejerce en este último Estado, las remuneraciones derivadas del mismo pueden someterse a imposición en este Estado.

2. No obstante las disposiciones del apartado 1, las remuneraciones obtenidas por un residente de un Estado Contratante en virtud de un empleo ejercido en el otro

Arbeit bezieht, in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält,
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, oder Einkünfte, die ein Unternehmen aus der Zurverfügungstellung von Diensten der berufsmäßigen Künstler oder Sportler bezieht, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem diese Tätigkeit ausgeübt wird.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn der Aufenthalt der berufsmäßigen Künstler oder Sportler in einem Vertragsstaat ganz oder im wesentlichen Umfang von öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer seiner Provinzen oder einer ihrer Gebietskörperschaften unterstützt wird.

Artikel 18

Öffentliche Kassen

(1) Vergütungen, einschließlich Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer seiner Provinzen oder einer ihrer Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat, dem Land, der Provinz oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für unselbständige Arbeit gewährt werden, können in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat von einem Angehörigen dieses Staates ausgeübt wird oder wurde, der nicht Angehöriger des ersten genannten Staates ist. In diesem Fall können die Vergütungen im ersten genannten Vertragsstaat nicht besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 finden die Artikel 15, 16 und 17 Anwendung auf Vergütungen für unselbständige Arbeit im Zusammenhang mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer seiner Provinzen oder einer ihrer Gebietskörperschaften.

Estado Contratante, sólo pueden someterse a imposición en el primer Estado si:

- a) el empleado no permanece en total en el otro Estado, en uno o varios períodos, más de 183 días durante el año calendario;
- b) las remuneraciones se pagan por, o en nombre de un empleador que no es residente del otro Estado; y
- c) las remuneraciones no se soportan por un establecimiento permanente o un lugar fijo que el empleador posee en el otro Estado.

3. No obstante las disposiciones precedentes de este artículo, las remuneraciones obtenidas en virtud de un empleo ejercido a bordo de un buque o aeronave en tráfico internacional, pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

Artículo 16

Honorarios de directores

Los honorarios de directores y otras retribuciones similares obtenidos por un residente de un Estado Contratante, en su calidad de miembro del directorio de una sociedad, residente del otro Estado Contratante, pueden ser sometidos a imposición en este último Estado.

Artículo 17

Artistas y deportistas

1. No obstante las disposiciones de los artículos 7, 14 y 15, las rentas obtenidas por los profesionales del espectáculo, tales como los artistas de teatro, cine, radiodifusión o televisión y los músicos, así como por los deportistas, por sus actividades personales o las rentas obtenidas de la prestación por una empresa de los servicios de tales profesionales del espectáculo o deportistas, pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que estas actividades son desarrolladas.

2. Las disposiciones del apartado 1 no se aplicarán si la visita de los profesionales del espectáculo o deportistas a un Estado Contratante es sufragada total o sustancialmente por fondos públicos del otro Estado Contratante, un Estado Federado, una provincia, una subdivisión política o una autoridad local de este último Estado.

Artículo 18

Fondos Públicos

1. Las remuneraciones, incluidas las pensiones, pagadas por un Estado Contratante, un Estado Federado, una Provincia, una subdivisión política o una autoridad local de éste, directamente o a través de los fondos por ellas creados, a una persona física en virtud de un empleo desempeñado en ese Estado no pueden someterse a imposición en el otro Estado Contratante, a menos que sea, o haya sido ejercido en el otro Estado Contratante por un nacional de ese otro Estado que no sea nacional del Estado mencionado en primer término. En tal caso, dicha remuneración no puede someterse a imposición en el Estado Contratante mencionado en primer término.

2. No obstante las previsiones del apartado 1, las disposiciones de los artículos 15, 16 y 17 se aplicarán a las remuneraciones respecto de un empleo relacionadas con actividades comerciales llevadas a cabo por un Estado Contratante, un Estado Federado, una Provincia, una subdivisión política o una autoridad local del mismo, con el propósito de obtener beneficios.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer seiner Provinzen oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land, der Provinz oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

Artikel 19 **Ruhegehälter und Renten**

(1) Vorbehaltlich des Artikels 18 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die an eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für in dem anderen Vertragsstaat früher geleistete unselbständige Arbeit gezahlt werden, in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Renten, die in einem Vertragsstaat im Rahmen der öffentlichen Sozialversicherung gezahlt werden, können in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 20 **Lehrer sowie Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen**

(1) Vergütungen, die ein Hochschullehrer oder Lehrer, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder unmittelbar vorher dort ansässig war und der sich für höchstens zwei Jahre zwecks fortgeschrittener Studien oder Forschungsarbeiten oder zwecks Ausübung einer Lehrtätigkeit an einer Universität, Hochschule, Schule oder anderen Lehranstalt in den anderen Vertragsstaat begibt, für diese Arbeit bezieht, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, vorausgesetzt, daß er die Vergütungen von außerhalb dieses anderen Staates bezieht.

(2) Ist oder war eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, und hält sie sich in dem anderen Staat lediglich als Student einer Universität, Hochschule, Schule oder anderen ähnlichen Lehranstalt dieses anderen Staates oder als Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre und Praktikanten) vorübergehend auf, so ist sie vom Tag ihrer ersten Ankunft in dem anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt an von der Steuer dieses anderen Staates befreit

- a) hinsichtlich der für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland und
- b) während der Dauer von insgesamt höchstens drei Jahren hinsichtlich aller Vergütungen bis zu 6000 DM oder deren Gegenwert in argentinischer Währung je Kalenderjahr für Arbeit, die sie in dem anderen Vertragsstaat ausübt, um die Mittel für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung zu ergänzen.

(3) Ist oder war eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, und hält sie sich in dem anderen Staat lediglich zum Studium, zur Forschung oder zur Ausbildung als Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer wissenschaftlichen, pädagogischen, religiösen oder mildtätigen Organisation oder im Rahmen eines Programms der technischen Hilfe, das von der Regierung eines Vertragsstaats durchgeführt wird, vorübergehend auf, so ist sie mit dem Tag ihrer ersten Ankunft in dem anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt von der Steuer dieses anderen Staates befreit hinsichtlich

3. Se aplicarán, asimismo, las disposiciones del apartado 1 respecto a las remuneraciones pagadas, dentro de un programa de asistencia para el desarrollo de un Estado Contratante, un Estado Federado, una Provincia, una subdivisión política o una autoridad local del mismo con fondos suministrados exclusivamente por ese Estado, ese Estado Federado, una Provincia, una subdivisión política o autoridades locales del mismo, a especialistas o voluntarios que se desempeñen en el otro Estado Contratante con el consentimiento de ese otro Estado.

Artículo 19 **Jubilaciones y pensiones**

1. Sujetas a las disposiciones del artículo 18, las jubilaciones y remuneraciones similares pagadas a un residente de un Estado Contratante en relación al desempeño de un empleo anterior en el otro Estado Contratante, pueden someterse a imposición en ese otro Estado.

2. Las anualidades abonadas por un Estado Contratante en virtud de un sistema de seguridad social pueden someterse a imposición en ese Estado.

Artículo 20 **Docentes, Estudiantes y Personas que siguen cursos de capacitación**

1. La remuneración que recibe por su trabajo un profesor o maestro que sea o haya sido inmediatamente antes residente de un Estado Contratante y que visita el otro Estado Contratante por un periodo no mayor de dos años a los fines de realizar estudios avanzados o investigaciones o de enseñar en una universidad, colegio superior, escuela u otra institución educacional, no será gravada en ese otro Estado en tanto que dicha remuneración provenga del exterior de ese otro Estado.

2. Un individuo que sea o haya sido residente de un Estado Contratante inmediatamente antes de visitar el otro Estado Contratante y se encuentre en forma temporaria en ese otro Estado, únicamente como estudiante de una universidad, colegio superior, escuela u otra institución educacional similar de ese otro Estado o capacitándose como aprendiz (que incluye en el caso de la República Federal de Alemania un Voluntär o un Praktikant) será eximido de impuestos en ese otro Estado a partir de la llegada a éste en relación con esa visita:

- a) Sobre todas las remesas que reciba del exterior a los fines de su mantenimiento, educación o capacitación; y
- b) Por un período que no exceda en conjunto de tres años, sobre cualquier remuneración no superior a 6000 DM o el equivalente en moneda argentina por año calendario, por servicios personales prestados en ese otro Estado Contratante a fin de complementar los recursos de que dispone para esos fines.

3. Un individuo que sea o haya sido residente de un Estado Contratante inmediatamente antes de visitar el otro Estado Contratante y se encuentra en forma temporaria en ese otro Estado únicamente con fines de estudio, investigación o capacitación, como beneficiario de una subvención, asignación o beca de una organización científica, educativa, religiosa o de caridad o en virtud de un programa de asistencia técnica desarrollado por el Gobierno de un Estado Contratante, no será sometido a imposición en ese otro Estado en relación con esa visita, desde el primer día de su llegada al mismo:

- a) dieses Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums und
- b) aller für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland.

Artikel 21

Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

(1) Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Artikel 13 Absatz 5 Satz 2 gilt entsprechend für aus dritten Staaten stammende Einkünfte.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Die folgenden Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden:

- a) Anteile an einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft;
- b) in dem anderen Vertragsstaat registrierte Seeschiffe, Luftfahrzeuge und Kraftfahrzeuge.

(5) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden. Artikel 13 Absatz 5 Satz 2 gilt entsprechend für in dritten Staaten gelegenes Vermögen.

(6) Kann ein Vertragsstaat nach den vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels einen Vermögensteil besteuern, so können in diesem Vertragsstaat bei der Festsetzung der Bemessungsgrundlage zumindest die tatsächlich zu diesem Vermögensteil gehörenden Schulden zum Abzug zugelassen werden, vorausgesetzt, daß die Steuer vom Nettowert des Vermögensteils erhoben wird.

Artikel 23

Befreiung von der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person werden folgende aus der Argentinischen Republik stammende Einkünfte, die nach diesem Abkommen in der Argentinischen Republik besteuert werden können, von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ausgenommen:

- a) sobre el monto de dicha subvención, asignación o beca;
- b) sobre todas las remesas que reciba del exterior a los fines de su mantenimiento, educación o capacitación.

Artículo 21

Rentas no mencionadas expresamente

1. Las rentas de un residente de un Estado Contratante que no estén expresamente mencionadas en los artículos precedentes de este Acuerdo solamente serán imponibles en ese Estado.

2. Las disposiciones del apartado 5, última parte del artículo 13, serán igualmente aplicadas a las rentas provenientes de un tercer estado.

Artículo 22

Patrimonio

1. El patrimonio constituido por bienes, inmuebles, tal como se definen en el apartado 2 del artículo 6, puede someterse a imposición en el Estado Contratante en que los bienes estén situados.

2. El patrimonio constituido por bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente de una empresa, o por bienes muebles que pertenezcan a un lugar fijo utilizado para el ejercicio de una actividad profesional, puede someterse a imposición en el Estado Contratante en que el establecimiento permanente o el lugar fijo estén situados.

3. Los buques y aeronaves explotados en tráfico internacional, así como los bienes muebles afectados a su explotación, sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

4. Pueden someterse a imposición, en un Estado Contratante, los componentes del patrimonio de un residente del otro Estado Contratante que se indican a continuación:

- a) Acciones de una sociedad domiciliada en el Estado Contratante mencionado en primer término;
- b) Buques, aeronaves y vehículos que estén registrados en el Estado Contratante mencionado en primer término.

5. Todos los demás elementos del patrimonio de un residente de un Estado Contratante, sólo pueden someterse a imposición en ese Estado. Las disposiciones del artículo 13, apartado 5, última parte, se aplicarán, asimismo, al patrimonio situado en un tercer Estado.

6. A los efectos de la determinación de la materia imponible, el Estado Contratante que puede someter a imposición un componente del patrimonio, de acuerdo con las disposiciones precedentes de este artículo, deberá admitir la deducción de las deudas efectivamente vinculadas con ese componente del patrimonio, siempre que el impuesto se aplique al valor neto de tal componente del patrimonio.

Artículo 23

Métodos para atenuar la doble imposición

1. En el caso de un residente de la República Federal de Alemania deberán excluirse de la base sobre la que se aplica el impuesto alemán los siguientes rubros de renta originados en la República Argentina, los que de acuerdo con este Convenio pueden ser gravados en este último Estado:

- a) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das in der Argentinischen Republik gelegenes Betriebsvermögen darstellt, und Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens;
- b) Unternehmensgewinne und Gewinne, die unter Artikel 7 und Artikel 13 Absatz 2 fallen;
- c) Dividenden, die unter Artikel 10 fallen und die an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in der Argentinischen Republik ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört;
- d) Vergütungen, die unter Artikel 15 und Artikel 18 Absätze 1 und 3 fallen.

Die Bundesrepublik Deutschland behält jedoch das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für alle in der Argentinischen Republik gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen in der Argentinischen Republik besteuert werden können, wenn die Einkünfte aus diesen Vermögenswerten von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer auszunehmen sind oder auszunehmen wären.

(2) Soweit nicht Absatz 1 anzuwenden ist, wird auf die von den aus der Argentinischen Republik stammenden Einkünften zu erhebende deutsche Einkommensteuer und Körperschaftsteuer und auf die von dem in der Argentinischen Republik gelegenen Vermögen zu erhebende deutsche Vermögensteuer die argentinische Steuer angerechnet, die nach argentinischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist. Der anzurechnende Betrag darf jedoch nicht den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer übersteigen, der auf diese Einkünfte oder dieses Vermögen entfällt.

(3) Für die Zwecke der in Absatz 2 erwähnten Anrechnung wird davon ausgegangen, daß die argentinische Steuer beträgt

- a) bei Dividenden und bei den in Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe b erwähnten Lizenzgebühren 20 vom Hundert des Bruttobetrags der Zahlung;
- b) bei Zinsen 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zahlung.

(4) Bei einer in der Argentinischen Republik ansässigen Person werden alle aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünfte und alle in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, von der Bemessungsgrundlage der argentinischen Steuer ausgenommen. Die Argentinische Republik behält jedoch das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Artikel 24 Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaats dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

- a) Las rentas procedentes de bienes inmuebles que formen parte del patrimonio comercial de una empresa situada en la República Argentina y las ganancias provenientes de su enajenación;
- b) Las utilidades comerciales y las ganancias a las que se aplican los artículos 7º y 13, apartado 2;
- c) Los dividendos a los que se refiere el artículo 10, pagados a una sociedad residente en la República Federal de Alemania por una sociedad residente en la República Argentina, siempre que la sociedad alemana fuera titular de manera directa, del 25 % como mínimo del capital de la sociedad argentina;
- d) Las remuneraciones a las cuales se aplican los artículos 15 y 18, apartados 1 y 3.

No obstante, la República Federal de Alemania podrá, en la determinación de la alícuota aplicable, tomar en consideración los tipos de renta excluidos de la base sobre la cual se calcula el impuesto alemán.

Las disposiciones precedentes serán también aplicables a todos los componentes del patrimonio situados en la República Argentina que, en los términos de este Convenio, pueden someterse a imposición en la República Argentina, si la renta originada allí está, o debiera estar, excluida de la base sobre la cual se aplica el impuesto alemán.

2. Excepto en los casos en los que resultan de aplicación las disposiciones del apartado 1, el correspondiente impuesto argentino, pagado de acuerdo con las leyes de la República Argentina y conforme a los términos de este Convenio, deberá computarse como crédito contra el impuesto a la renta y el impuesto a las sociedades alemán, respecto de las rentas originadas en la República Argentina, y como crédito contra el impuesto al patrimonio alemán, aplicable sobre el patrimonio situado en la República Argentina. No obstante, dicho crédito no excederá la parte correspondiente al impuesto alemán calculado antes de su respectivo cómputo en el impuesto a la renta o en el impuesto al capital, según corresponda.

3. A los efectos del cómputo del crédito a que se refiere el apartado 2, el impuesto argentino ascenderá al:

- a) 20 por ciento del monto bruto que se pague en el caso de dividendos y regalías comprendidas en el apartado 2, subapartado b), del artículo 12;
- b) 15 por ciento del monto bruto que se pague en el caso de intereses.

4. En el caso de un residente de la República Argentina se excluirá de la base sobre la cual se grava el impuesto argentino cualquier tipo de renta originada en la República Federal de Alemania y cualquier patrimonio situado en la República Federal de Alemania que de conformidad con este Convenio puede ser gravado en la República Federal de Alemania. No obstante la República Argentina conserva el derecho de incluir en la determinación de la alícuota aplicable los rubros de renta y patrimonio así excluidos.

Artículo 24 No discriminación

1. Los nacionales de un Estado Contratante no estarán sujetos en el otro Estado Contratante a ningún impuesto u obligación relacionada con el mismo que sea diferente o que sea más oneroso, que los impuestos u obligaciones a los que los nacionales de ese otro Estado, en las mismas circunstancias, están o pudieran estar sujetos.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, welche die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstands oder der Familienlasten oder sonstiger persönlicher Umstände zu gewähren, die er den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Die Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) Außer in den Fällen der Artikel 9, Artikel 11 Absatz 7 und Artikel 12 Absatz 6 sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Vorbehaltlich des Artikels 22 Absatz 6 sind dementsprechend Schulden eines Unternehmens eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens wie Schulden an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen.

(5) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25 Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zum Zweck der Anwendung dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

2. Un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante no será gravado en ese otro Estado en forma menos favorable que las empresas de este último Estado que desarrollan las mismas actividades.

La presente disposición no se interpretará como obligación para un Estado Contratante de otorgar a los residentes del otro Estado Contratante cualquier deducción personal, desgravación y reducción para fines impositivos que otorga a sus propios residentes en consideración a su estado civil o responsabilidades familiares o cualquier otra circunstancia personal.

3. Las empresas de un Estado Contratante, cuyo capital pertenezca, a uno o más residentes del otro Estado Contratante o sea controlado total o parcialmente, en forma directa o indirecta, por uno o más residentes del otro Estado Contratante, no estarán sujetas en el Estado Contratante mencionado en primer término a ninguna imposición y obligación, distinta o más gravosa que aquellas a las que estén o pueden estar sujetas otras empresas similares en el Estado mencionado en primer término.

4. Excepto, cuando se apliquen las disposiciones del artículo 9^o, del apartado 7 del artículo 11 o del apartado 6 del artículo 12, los intereses, regalías y otros gastos pagados por una empresa de un Estado Contratante a un residente del otro Estado Contratante, serán deducibles, a los efectos de determinar el beneficio imponible de dicha empresa, en las mismas condiciones que si hubiera sido pagado a un residente del Estado mencionado en primer término. Sujetas a las disposiciones del apartado 6 del artículo 22, cualquier deuda que una empresa de un Estado Contratante posea con un residente del otro Estado Contratante será deducible, a los efectos de determinar el patrimonio imponible de dicha empresa, de manera similar a las deudas contraídas con un residente del Estado mencionado en primer término.

5. En el presente artículo el término «imposición» significa impuestos de cualquier clase.

Artículo 25 Procedimiento amistoso

1. Cuando un residente de un Estado Contratante considere que las medidas tomadas por uno o ambos Estados Contratantes representan o pueden representar para él una imposición que no se ajusta al presente Convenio, puede, independientemente de los recursos previstos por la legislación nacional de esos Estados, someter su caso a la autoridad competente del Estado Contratante del que es residente.

2. La autoridad competente, si la objeción pareciera ser justificada y si ella misma no pudiera llegar a una solución apropiada, deberá tratar de resolver el caso de mutuo acuerdo con la autoridad competente del otro Estado Contratante, a fin de evitar una imposición que no se ajuste al presente Convenio.

3. Las autoridades competentes de los Estados Contratantes tratarán de resolver, de mutuo acuerdo, cualesquiera dificultades o dudas que planteara la interpretación o aplicación del presente Convenio. También pueden consultarse respecto a la eliminación de la doble imposición en los casos no previstos en el presente Convenio.

4. Las autoridades competentes de los Estados Contratantes pueden comunicarse entre sí en forma directa, con el fin de aplicar las disposiciones del presente Convenio.

Artikel 26**Austausch von Informationen**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die Informationen austauschen, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen, Behörden oder Gerichten zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern oder mit der Prüfung von Rechtsbehelfen oder strafrechtlicher Verfolgung in Bezug auf diese Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Angaben zu ermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27**Diplomatische und konsularische Vorrechte**

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die diplomatischen und konsularischen Steuervergünstigungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Ubereinkünfte.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen wegen der einer Person nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer internationaler Ubereinkünfte zustehenden Vergünstigungen im Empfangsstaat nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Bei Anwendung dieses Abkommens gelten die Personen, die Mitglieder einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat sind, sowie die ihnen nahestehenden Personen als im Entsendestaat ansässig, wenn sie die Staatsangehörigkeit des Entsendestaats besitzen und dort zu den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wie in diesem Staat ansässige Personen herangezogen werden.

Artikel 28**Land Berlin**

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Argentinischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 29**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn, Bundesrepublik Deutschland ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am dreißigsten Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

Artículo 26**Intercambio de información**

1. Las autoridades competentes de los Estados Contratantes intercambiarán la información que fuera necesaria para la aplicación del presente Convenio. Cualquier información así intercambiada será tratada como secreta y no será revelada a ninguna persona, autoridades o tribunales que no sean a los que compete la aplicación o cobro de los impuestos objeto del presente Convenio o la interposición de apelaciones o el procesamiento de delitos relacionados con dichos impuestos.

2. En ningún caso las disposiciones del apartado 1 se interpretarán como imponiendo a uno de los Estados Contratantes la obligación de:

- a) tomar medidas administrativas en oposición con las leyes o la práctica administrativa de ese o del otro Estado Contratante;
- b) suministrar detalles que no pueden obtenerse en virtud de las leyes o en el curso normal de la administración de ese o del otro Estado Contratante;
- c) suministrar información que revele cualquier secreto comercial, de negocios, industrial, o profesional, o procedimientos de comercio o información cuya revelación pudiera ser lesiva para la seguridad pública.

Artículo 27**Privilegios diplomáticos y consulares**

1. El presente Convenio no afectará los privilegios diplomáticos o consulares otorgados en virtud de las normas generales de derecho internacional o de las disposiciones de acuerdos especiales.

2. En la medida en que debido a los beneficios mencionados, otorgados a una persona en virtud de las normas generales de derecho internacional o de las disposiciones internacionales de acuerdos especiales, la renta o el capital no estén sujetos a impuestos en el Estado receptor, el derecho a imposición estará reservado al Estado remitente.

3. A los fines del presente Convenio, las personas que sean miembros de una misión diplomática o consular de un Estado Contratante en el otro Estado Contratante o en un tercer Estado, así como las personas relacionadas con tales personas, y que son nacionales del Estado remitente, serán consideradas como residentes del Estado remitente si están sujetas en éste a las mismas obligaciones con respecto a los impuestos sobre la renta y el capital que los residentes de ese Estado.

Artículo 28**Land Berlín**

El presente Convenio se aplicará también al Land Berlin, a menos que el Gobierno de la República Federal de Alemania haga una declaración en contrario al Gobierno de la República Argentina dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo 29**Entrada en Vigor**

1. El presente Convenio será ratificado y los instrumentos de ratificación se canjearán en Bonn a la brevedad posible.

2. El presente Convenio entrará en vigor el trigésimo día posterior a la fecha de canje de los instrumentos de ratificación y tendrán efecto:

- | | |
|---|--|
| <p>a) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für die am oder nach dem 1. Januar 1976 beginnenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;</p> <p>b) in der Argentinischen Republik auf die Steuern, die für die am oder nach dem 1. Januar 1976 beginnenden Steuerjahre erhoben werden;</p> <p>c) in beiden Vertragsstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Zahlungen, die nach dem 31. Dezember 1975 geleistet werden.</p> | <p>a) en la República Federal de Alemania con respecto a los impuestos aplicados para cualquier periodo impositivo que comience el 1° de enero de 1976 o con posterioridad a esa fecha;</p> <p>b) en la República Argentina con respecto a los impuestos que se apliquen para cualquier año fiscal que comience el 1° de enero de 1976 o con posterioridad a esa fecha;</p> <p>c) en ambos Estados Contratantes con respecto a impuestos retenidos en la fuente sobre cualquier pago hecho con posterioridad al 31 de diciembre de 1975.</p> |
|---|--|

Artikel 30
Außerkräfttreten

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für die Veranlagungszeiträume erhoben werden, welche auf den Veranlagungszeitraum folgen, in dem die Kündigung ausgesprochen wird;
- b) in der Argentinischen Republik auf die Steuern, die für die Steuerjahre erhoben werden, welche auf das Steuerjahr folgen, in dem die Kündigung ausgesprochen wird;
- c) in beiden Vertragsstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Zahlungen, die nach dem 31. Dezember des Kündigungsjahrs geleistet werden.

GESCHEHEN zu Buenos Aires, am dreizehnten Juli neunzehnhundertachtundsiebzig in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artículo 30
Terminación

El presente Convenio continuará en vigor indefinidamente, pero cualquiera de los Estados Contratantes, antes del treinta de junio de cualquier año calendario que comience después de transcurrido un periodo de cinco años a partir de su entrada en vigor o con posterioridad a esa fecha podrá enviar al otro Estado Contratante, por vía diplomática, una notificación escrita de terminación y, en ese caso, el presente Convenio dejará de ser efectivo.

- a) en la República Federal de Alemania con respecto a impuestos que sean establecidos para cualquier periodo fiscal siguiente a aquel en que se envió la notificación de terminación;
- b) en la República Argentina con respecto a impuestos que sean establecidos para cualquier año fiscal siguiente a aquel en el que se envió la notificación de terminación;
- c) en ambos Estados Contratantes con respecto a impuestos retenidos en la fuente sobre cualquier pago hecho con posterioridad al 31 de diciembre del año en que se envió la notificación de terminación.

HECHO en Buenos Aires el día trece de julio de mil novecientos setenta y ocho en dos originales, en idioma alemán y español siendo ambos textos igualmente válidos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Joachim Jaenicke

Für die Argentinische Republik
Por la República Argentina
Montes

Protokoll

Anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

(1) Zu Artikel 2:

Das Abkommen gilt auch für die folgenden zeitweilig erhobenen Steuern:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
die Ergänzungsabgabe zur Körperschaftsteuer;
- b) in der Argentinischen Republik:
die Notsteuer auf Unternehmen (Impuesto de Emergencia a las Empresas) und die Notsteuer auf Einkünfte aus selbständiger und unselbständiger Arbeit (Impuesto de Emergencia a las Retribuciones de Trabajo Personal con o sin relación de dependencia).

Das Abkommen gilt nicht für die argentinische Steuer auf Gewinnüberweisung nach dem Auslandsinvestitionsgesetz. Im Fall einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person darf die Steuer jedoch nicht belastender sein als die in Artikel 15 des Argentinischen Gesetzes Nr. 21.382 vorgesehene Steuer.

(2) Zu Artikel 8 und Artikel 22 Absatz 3:

Die Bestimmungen dieser Artikel gelten entsprechend für alle Steuern, Abgaben und Lizenzrechte, die in den der nationalen Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten der Argentinischen Republik auf die Ausübung von auf Gewinnerzielung gerichteten Tätigkeiten (el ejercicio de actividades lucrativas) erhoben werden. Ungeachtet des Artikels 29 gilt der vorhergehende Satz für alle Steuerjahre, für die noch keine Verjährung eingetreten ist.

Die argentinische Regierung wird die Provinzen auffordern, entsprechende Steuerbefreiungen zu gewähren.

(3) Zu Artikel 22:

Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft in diesem Staat von der Vermögensteuer befreit, so wird auf die in diesem Staat vom Anteilseigner erhobene Vermögensteuer die Vermögensteuer der Gesellschaft angerechnet, die ohne die Befreiung zu zahlen gewesen wäre, solange und soweit das Recht dieses Staates die Anrechnung der letztgenannten Steuer auf die vom Anteilseigner erhobene Vermögensteuer vorsieht.

(4) Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Bestimmungen dieser Artikel können die dort genannten Erträge, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und
- b) bei der Gewinnermittlung des Schuldners dieser Erträge abzugsfähig sind.

Protocolo

Al momento de la firma del Convenio entre la República Federal de Alemania y la República Argentina para evitar la doble imposición con respecto a impuestos sobre la renta y capital los abajo firmantes, debidamente autorizados al respecto, han convenido las siguientes disposiciones que constituyen parte integrante del presente Convenio.

1. Con referencia al artículo 2º:

El Convenio se aplicará también a los siguientes impuestos aplicados temporariamente:

- a) En la República Federal de Alemania:
el impuesto complementario del KÖRPERSCHAFT-STEUER (impuesto a las sociedades);
- b) En la República Argentina:
el impuesto de emergencia a las empresas y el impuesto de emergencia a las retribuciones del trabajo personal con o sin relación de dependencia.

El presente Convenio no se aplicará al impuesto sobre reventas de la Legislación Argentina sobre Inversiones Extranjeras. No obstante, en el caso de un residente de la República Federal de Alemania, el impuesto no será más gravoso que el previsto en el artículo 15 de la Ley Argentina 21.382.

2. Con referencia al artículo 8 y apartado 3 del artículo 22:

Las disposiciones de estos artículos se aplicarán asimismo a todos los impuestos, gravámenes o derechos de patentes que recaigan sobre el ejercicio de actividades lucrativas en el territorio de las provincias argentinas que están sujetas a jurisdicción nacional. No obstante las disposiciones del artículo 29, esta cláusula tendrá efecto para cualquier año fiscal aún no prescripto.

El Gobierno Argentino invitará a las provincias a conceder una exención impositiva similar.

3. Con referencia al artículo 22:

Cuando una sociedad residente de un Estado Contratante esté exenta en ese Estado del impuesto al capital será permitido computar como crédito, contra el impuesto al capital o al patrimonio neto que recaiga sobre el accionista en ese Estado, el impuesto al capital que habría sido pagado de no existir dicha exención, en tanto la ley de ese Estado otorgue un crédito del último de los impuestos mencionados contra el impuesto al capital o al patrimonio neto que recaiga sobre el accionista.

4. Con referencia a los artículos 10 y 11:

No obstante las disposiciones de estos artículos, los dividendos e intereses que provengan de la República Federal de Alemania, podrán ser gravados de acuerdo con lo dispuesto en la legislación de ese Estado, cuando:

- a) se basen en derecho o acreencias que impliquen participación en las ganancias (inclusive los ingresos de un socio pasivo procedentes de «partiarisches Darlehen» y de «Gewinnobligationen» en la significación del derecho fiscal en la República Federal de Alemania), y
- b) estos importes sean deducibles para el cálculo de las utilidades del deudor de los mismos.

(5) Zu Artikel 23:

- a) Ungeachtet des Absatzes 1 gilt unter Ausschluß von Absatz 3 nur Absatz 2 für die Gewinne einer Betriebsstätte und für das Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, für die von einer Gesellschaft gezahlten Dividenden, für die Beteiligung an einer Gesellschaft und für die in Artikel 13 Absätze 1 und 2 erwähnten Gewinne, es sei denn, daß die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweist, daß mindestens 90 vom Hundert der Einnahmen der Betriebsstätte oder Gesellschaft aus einer der folgenden innerhalb der Argentinischen Republik ausgeübten Tätigkeiten, nämlich Herstellung, Verkauf oder Vermietung von Gütern oder Waren (einschließlich der Fälle, in denen diese Güter oder Waren im Verlauf eines in der Argentinischen Republik getätigten Geschäfts an Kunden außerhalb der Argentinischen Republik verkauft oder vermietet werden), technischer Beratung oder technischer oder kaufmännischer Dienstleistung oder Bank- oder Versicherungsgeschäften, ferner aus Zinsen oder Lizenzgebühren, die aus der Argentinischen Republik stammen und mit den obengenannten Tätigkeiten im Zusammenhang stehen, aus von der Regierung der Argentinischen Republik oder einer ihrer Gebietskörperschaften gezahlten Zinsen oder aus Zinsen und Dividenden stammen, die eine in der Argentinischen Republik ansässige Gesellschaft zahlt, wenn diese Gesellschaft mindestens 90 vom Hundert ihrer Einnahmen aus den obengenannten Tätigkeiten bezieht.
- b) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Argentinischen Republik, so schließen die Absätze 1 bis 3 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland nicht aus.

(6) Zu Artikel 30:

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen sich auf Vorschlag eines der Staaten zu einem beliebigen Zeitpunkt nach Ablauf von vier Jahren, vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an gerechnet, um auf Grund der in den vorausgegangenen Jahren bei Anwendung des Abkommens gewonnenen Erfahrungen und der Änderungen in ihren innerstaatlichen Steuergesetzen die Notwendigkeit einer Anpassung zu prüfen.

5. Con referencia al artículo 23:

- a) No obstante las disposiciones del apartado 1, solamente las disposiciones del apartado 2 con exclusión de las del apartado 3 se aplicarán a los beneficios, y al capital representado por bienes que formen parte del activo comercial de un establecimiento permanente; a los dividendos pagados por una sociedad, y a los accionistas de ésta; o a los beneficios a que se refieren los apartados 1 y 2 del artículo 13 del Convenio, a condición de que el interesado residente en la República Federal de Alemania demuestre que por lo menos el 90 % de los ingresos del establecimiento permanente o de la sociedad están originados en la producción, venta o arrendamiento de bienes o mercaderías (inclusive los casos en que tales bienes o mercaderías son vendidos o arrendados en el curso de operaciones comerciales llevadas a cabo en la República Argentina para clientes fuera de la República Argentina), en asesoramiento técnico, o en la prestación de servicios comerciales o técnicos, o en operaciones bancarias o de seguros, dentro de la República Argentina; o en intereses o regalías originados en la República Argentina y relacionados con las precitadas actividades, o en intereses pagados por el Gobierno de la República Argentina o una subdivisión política de ésta, o en intereses o dividendos pagados por una sociedad residente en la República Argentina, si dicha sociedad obtiene como mínimo, el 90 % de sus ingresos de las mencionadas actividades;
- b) En caso de que una sociedad residente en la República Federal de Alemania distribuya dividendos procedentes de rentas de fuentes en la República Argentina, los párrafos 1 a 3 no impedirán la imposición compensatoria del impuesto sobre sociedades de acuerdo con el derecho fiscal de la República Federal de Alemania.

6. Con referencia al artículo 30:

Las autoridades competentes de los Estados Contratantes, a propuesta de una de ellas, deberán reunirse en cualquier momento después de la expiración de un período de 4 años desde la fecha de entrada en vigor del Convenio, para examinar la necesidad de ajustarlo sobre la base de la experiencia obtenida en su aplicación durante los años precedentes y los cambios introducidos en su legislación impositiva nacional.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania

Joachim Jaenicke

Für die Argentinische Republik
Por la República Argentina

Montes

Gesetz
zu dem Abkommen vom 17. Mai 1977
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kenia
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 30. Mai 1979

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Nairobi am 17. Mai 1977 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kenia zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie dem Protokoll zu diesem Abkommen wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt
und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 30. Mai 1979

Der Bundespräsident
Scheel

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Matthöfer

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kenia
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Kenya
for the Avoidance of Double Taxation
with respect to Taxes on Income and Capital**

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE REPUBLIK KENIA,

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragsstaaten oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung von Vermögen, gleichgültig, ob es sich um unbewegliches oder anderes Vermögen handelt, sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

- i) die Einkommensteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer,
 - ii) die Körperschaftsteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zur Körperschaftsteuer,
 - iii) die Vermögensteuer und
 - iv) die Gewerbesteuer
- (im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in Kenia:

die Einkommensteuer (income tax)
(im folgenden als „kenianische Steuer“ bezeichnet).

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

and

THE REPUBLIC OF KENYA

DESIRING to conclude an Agreement for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and Capital

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

Personal Scope

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

Taxes covered

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of each Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of any property, whether immovable or other than immovable, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which this Agreement shall apply, are

a) in the Federal Republic of Germany:

- i) the income tax (Einkommensteuer) including the surcharge (Ergänzungsabgabe) thereon;
 - ii) the corporation tax (Körperschaftsteuer) including the surcharge (Ergänzungsabgabe) thereon;
 - iii) the capital tax (Vermögensteuer); and
 - iv) the trade tax (Gewerbesteuer)
- (hereinafter referred to "as German tax");

b) in Kenya:

the income tax
(hereinafter referred to as "Kenyan tax").

(4) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die künftig neben den in Absatz 3 genannten Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

(5) Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Besteuerung des Einkommens oder des Vermögens gelten entsprechend für die nicht nach dem Einkommen oder dem Vermögen berechnete deutsche Gewerbesteuer.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Kenia und, im geographischen Sinne verwendet, den Geltungsbereich des Steuerrechts des betreffenden Staates;
- b) bedeutet der Ausdruck „Steuer“ je nach dem Zusammenhang die deutsche Steuer oder die kenianische Steuer; er umfaßt aber nicht die Steuer, die auf Grund eines Verzugs oder einer Unterlassung im Zusammenhang mit den unter dieses Abkommen fallenden Steuern zu zahlen ist oder die eine im Zusammenhang mit diesen Steuern auferlegte Strafe darstellt;
- c) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Personenvereinigungen, die für die Besteuerung wie Rechtsträger behandelt werden;
- e) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“ je nachdem ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- f) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - i) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
 - ii) in bezug auf Kenia alle natürlichen Personen, welche die Staatsangehörigkeit von Kenia besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Kenia geltenden Recht errichtet worden sind;
- g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - i) auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen;
 - ii) auf seiten Kenias den Minister der Finanzen oder seinen bevollmächtigten Vertreter.
- h) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Reise eines Schiffes oder Luftfahrzeugs, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, daß die Reise lediglich auf Orte in dem anderen Vertragsstaat beschränkt ist; der Ausdruck umfaßt auch den Verkehr zwischen Orten in nur einem Land im Verlauf einer Reise, die sich über mehr als ein Land erstreckt.

(4) This Agreement shall also apply to any identical or substantially similar taxes which are subsequently imposed in addition to, or in place of, those referred to in paragraph 3. The competent authorities of the Contracting States shall notify to each other any changes which have been made in their respective taxation laws.

(5) The provisions of this Agreement in respect of taxation of income or capital shall likewise apply to the German trade tax, computed on a basis other than income or capital.

Article 3

General Definitions

(1) In this Agreement, unless the context otherwise requires:

- a) the terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean the Federal Republic of Germany or the Republic of Kenya as the context requires, and, when used in a geographical sense, the territory in which the tax law of the State concerned is in force;
- b) the term “tax” means German tax or Kenyan tax as the context requires, but shall not include any tax which is payable in respect of any default or omission in relation to the taxes to which this Agreement applies or which represents a penalty imposed relating to those taxes;
- c) the term “person” means an individual and a company;
- d) the term “company” means any body corporate or any body of persons which is treated as an entity for tax purposes;
- e) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- f) the term “nationals” means:
 - i) in respect of the Federal Republic of Germany: all Germans in the meaning of paragraph 1 of Article 116 of the Basic Law for the Federal Republic of Germany and all legal persons, partnerships and associations deriving their status as such from the law in force in the Federal Republic of Germany;
 - ii) in respect of Kenya: all individuals possessing the nationality of Kenya and all legal persons, partnerships and associations deriving their status as such from the law in force in Kenya;
- g) the term “competent authority” means:
 - i) in the case of the Federal Republic of Germany the Federal Minister of Finance;
 - ii) in the case of Kenya the Minister for Finance or his authorised representative;
- h) the term “international traffic” means any voyage of a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State except where the voyage is confined solely to places within the other Contracting State and it includes traffic between places in one country in the course of a voyage which extends over more than one country.

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

Artikel 4 Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 eine Person, die nach dem Recht dieses Vertragsstaats dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (im folgenden als Mittelpunkt der Lebensinteressen bezeichnet);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt;
- d) besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines der Vertragsstaaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5 Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte,
- f) ein Bergwerk, eine Ölquelle, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,

(2) In the application of this Agreement by a Contracting State any term not otherwise defined shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the laws in force in that Contracting State relating to the taxes which are the subject of this Agreement.

Article 4 Fiscal domicile

(1) For the purposes of this Agreement, the term "resident of a Contracting State" means, subject to the provisions of paragraphs 2 and 3, any person who, under the laws of that Contracting State, is liable to taxation therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his case shall be determined in accordance with the following rules:

- a) he shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has a permanent home available to him. If he has a permanent home available to him in both Contracting States, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State with which his personal and economic relations are closest (hereinafter referred to as his centre of vital interests);
- b) if the Contracting State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either Contracting State, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both Contracting States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State of which he is a national;
- d) if he is a national of both Contracting States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which its place of effective management is situated.

Article 5 Permanent establishment

(1) For the purposes of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business in which the business of the enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" shall include especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop;
- f) a mine, oil well, quarry or other place of extraction of natural resources;

- g) eine Farm, eine Plantage oder einen anderen Ort, an dem eine landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche, plantagenwirtschaftliche oder verwandte Tätigkeit ausgeübt wird,
- h) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer sechs Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte dieses Unternehmens als gegeben, wenn

- a) die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge zu schließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für dieses Unternehmen beschränkt, oder
- b) die Person eine Vollmacht besitzt, aus Beständen von Gütern oder Waren des Unternehmens, die sie in diesem Staat gewöhnlich unterhält, Bestellungen für das Unternehmen auszuführen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt.

(5) Ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaats wird, abgesehen vom Rückversicherungsgeschäft, so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Staat, wenn es in dem Hoheitsgebiet dieses Staates durch einen Angestellten oder Vertreter, der kein unabhängiger Vertreter im Sinne des Absatzes 6 ist, Prämien einzieht oder dort gelegene Risiken versichert.

(6) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen.

- g) a farm, plantation or other place where agricultural, forestry, plantation or related activities are carried on;

- h) a building site or construction or assembly project which exists for more than six months.

(3) The term "permanent establishment" shall not be deemed to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise, or for collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of advertising, for the supply of information, for scientific research or for similar activities which have a preparatory or auxiliary character, for the enterprise.

(4) A person acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State—other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies—shall be deemed to be a permanent establishment of that enterprise in the first-mentioned State if he has and habitually exercises in that State an authority

- a) to conclude contracts in the name of the enterprise, unless his activities are limited to the purchase of goods or merchandise for that enterprise, or
- b) to fulfil orders on behalf of the enterprise from a stock of goods or merchandise which he habitually maintains in that State and which belongs to the enterprise.

(5) An insurance enterprise of a Contracting State shall, except in regard to reinsurance, be deemed to have a permanent establishment in the other State if it collects premiums in the territory of that State or insures risks situated therein through an employee or through a representative who is not an agent of an independent status within the meaning of paragraph (6).

(6) An enterprise of a Contracting State shall not be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State merely because it carries on business in that other State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, where such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute for either company a permanent establishment of the other.

Artikel 6**Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen**

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf welche die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen. Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufs dient.

Artikel 7**Unternehmensgewinne**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat nach dessen Recht üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Staat die zu besteuern den Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die Art der angewendeten Gewinnaufteilung muß jedoch so sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nicht in dem anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte nicht allein deshalb zugerechnet werden, weil das Unternehmen in diesem anderen Staat Güter oder Waren erwirbt.

Article 6**Income from immovable property**

(1) Income from immovable property may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

(2) The term "immovable property" shall be defined in accordance with the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources. Ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraph 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of professional services.

Article 7**Business profits**

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing at arm's length with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In the determination of the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purpose of the permanent establishment including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State, according to its law, to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts nothing in paragraph 2 shall preclude that State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles of this Article.

(5) No portion of any profits arising to an enterprise of a Contracting State shall be attributed to a permanent establishment situated in the other Contracting State by reason of the mere purchase of goods or merchandise within that other State by the enterprise.

(6) Bei der Anwendung der Absätze 1 bis 5 sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens, das Seeschiffe oder Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr betreibt, an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Dividenden nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ausgenommen sind.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 darf bei Dividenden, die eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft an eine in Kenia ansässige Gesellschaft zahlt, der entweder selbst oder zusammen mit anderen Personen, von denen sie beherrscht wird oder die mit ihr gemeinsam beherrscht werden, mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der erstgenannten Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar gehören, die deutsche Steuer 25 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, solange der Satz der

(6) For the purpose of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

Shipping and air transport

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic carried on by an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall likewise apply in respect of participations in pooled services, in a joint business or in an international operations agency of any kind by enterprises engaged in the operation of ships or aircraft in international traffic.

Article 9

Associated enterprises

Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control of capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article 10

Dividends

(1) Dividends paid by a company which is resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State, unless the dividends are excluded from the basis upon which German tax is imposed according to paragraph 1 (a) of Article 23.

(2) However, such dividends may be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, and according to the laws of that State, but the tax so charged shall not exceed 15 percent of the gross amount of the dividends.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2 German tax on dividends paid to a company being a resident of Kenya by a company being a resident of the Federal Republic of Germany, at least 25 percent of the voting shares of which is owned directly or indirectly by the former company itself, or by it together with other persons controlling it or being under common control with it, shall not exceed 25 percent of the gross amount of such dividends as long as the rate of German corporation tax on distributed profits is lower than that on

deutschen Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne niedriger ist als für nichtausgeschüttete Gewinne und der Unterschied zwischen diesen beiden Sätzen 15 Punkte oder mehr beträgt.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende, den Einkünften aus Aktien gleichgestellte Einkünfte und alle sonstigen Beträge, die nach dem Steuerrecht des Vertragsstaats, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, als Dividenden oder Ausschüttungen einer Gesellschaft gelten, Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen und in der Bundesrepublik Deutschland Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für welche die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört; in diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, welche die Gesellschaft an nicht in dem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetragts der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 gilt folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die kenianische Regierung oder die Zentralbank von Kenia gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;
- b) Zinsen, die aus Kenia stammen und an die deutsche Regierung oder die Deutsche Bundesbank gezahlt werden, sind von der kenianischen Steuer befreit.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen alle sonstigen staatlichen Einrichtungen bestimmen, auf die dieser Absatz Anwendung findet.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus anderen Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Vertragsstaats, aus dem sie stammen, den Zinsen zugeordnet werden können.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zin-

undistributed profits and the difference between those two rates is 15 percentage points or more.

(4) The term “dividends” as used in this Article means income from shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights assimilated to income from shares or any other item which is deemed to be a dividend or distribution of a company by the taxation law of the Contracting State of which the company making the distribution is a resident, distributions on certificates of an investment trust and also, in the Federal Republic of Germany, income derived by a sleeping partner from his participation as such.

(5) The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 shall not apply if the recipient of the dividends, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State, of which the company paying the dividends is a resident, a permanent establishment with which the holding by virtue of which the dividends are paid is effectively connected; in such a case, the provisions of Article 7 shall apply.

(6) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company to persons who are not residents of that other State, or subject the company's undistributed profits to a tax on undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in that other State.

Article 11

Interest

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may be taxed in the Contracting State in which it arises, and according to the laws of that State, but the tax so charged shall not exceed 15 percent of the gross amount of the interest.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2,

- a) interest arising in the Federal Republic of Germany and paid to the Kenya Government or the Central Bank of Kenya shall be exempt from German tax;
- b) interest arising in Kenya and paid to the German Government or the Deutsche Bundesbank shall be exempt from Kenyan tax.

The competent authorities of the Contracting States may determine by mutual agreement any other governmental institution to which this paragraph shall apply.

(4) The term “interest” as used in this Article means income from Government securities, bonds or debentures, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in profits, and other debt-claims, of every kind as well as all other income assimilated to income from money lent by the taxation law of the Contracting State in which the income arises.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article shall not apply if the recipient of the interest, being a

sen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Forderung, für welche die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört; in diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Vertragsstaat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für welche die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt diese Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet; in diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren und Geschäftsleitungsvergütungen

(1) Lizenzgebühren und Geschäftsleitungsvergütungen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zahlungen können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags dieser Zahlungen nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken (einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Bandaufnahmen für Rundfunk oder Fernsehen), von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Geschäftsleitungsvergütungen“ umfaßt Zahlungen jeglicher Art an Personen, die nicht Angestellte des Schuldners der Zahlung sind, für Dienstleistungen auf den Gebieten der Geschäftsleitung, der Technik oder der Beratung sowie Zahlungen für die freiberufliche Tätigkeit von Ärzten, Anwälten, Ingenieuren, Architekten, Zahnärzten und Angehörigen der wirtschaftsberatenden Berufe.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren oder Geschäftsleitungsvergütungen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren oder Geschäftsleitungsvergütungen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören oder die Geschäftsleitungsvergütungen dieser Betriebsstätte zuzurechnen sind; in diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

resident of a Contracting State, has in the other Contracting State in which the interest arises a permanent establishment with which the debt-claim from which the interest arises is effectively connected; in such a case, the provisions of Article 7 shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that Contracting State itself, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by that permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(7) Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the interest paid, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last mentioned amount; in that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12

Royalties and management fees

(1) Royalties and management fees arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such payments may be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the laws of that State, but the tax so charged shall not exceed 15 percent of the gross amount of the payments.

(3) The term „royalties“ as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work (including cinematograph films, and films or tapes for radio or television broadcasting), any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment, or for information, concerning industrial, commercial or scientific experience.

(4) The term „management fees“ as used in this Article shall be deemed to include payments of any kind to any persons other than to an employee of the person making the payments in consideration of any services of a managerial, technical or consultancy nature as well as payments made in consideration of the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the recipient of the royalties or management fees, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State in which the royalties or management fees arise a permanent establishment with which the right or property giving rise to the royalties is effectively connected or to which the management fees are attributable; in such a case, the provisions of Article 7 shall apply.

(6) Lizenzgebühren und Geschäftsleitungsvergütungen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Vertragsstaat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren oder Geschäftsleitungsvergütungen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren oder Geschäftsleitungsvergütungen für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren oder Geschäftsleitungsvergütungen, so gelten die Lizenzgebühren oder Geschäftsleitungsvergütungen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren oder Geschäftsleitungsvergütungen den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet; in diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung anderen als unbeweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufs in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 können Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von im internationalen Verkehr betriebenen Schiffen und Luftfahrzeugen sowie der Veräußerung anderen als unbeweglichen Vermögens bezieht, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft können in diesem Staat besteuert werden.

(5) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 nicht genanntem Vermögen bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus selbständiger wissenschaftlicher, literarischer, künstlerischer, erzieherischer oder unterrichtender Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn,

(6) Royalties and management fees shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that Contracting State itself, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties or management fees, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the liability to pay the royalties or management fees was incurred, and such royalties or management fees are borne by such permanent establishment, such royalties or management fees shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(7) Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of royalties or management fees paid exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last mentioned amount; in that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13

Capital gains

(1) Gains from the alienation of immovable property, as defined in paragraph 2 of Article 6 may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

(2) Gains from the alienation of any property other than immovable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of any property other than immovable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing professional services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or together with the whole enterprise) or of such a fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, gains derived by an enterprise of a Contracting State from the alienation of ships and aircraft which it operates in international traffic and any property other than immovable property pertaining to the operation of such ships and aircraft shall be taxable only in that State.

(4) Gains from the alienation of shares of a company which is a resident of a Contracting State may be taxed in that State.

(5) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of any property other than those mentioned in paragraphs 1, 2, 3 and 4 shall be taxable only in that State.

Article 14

Independent personal services

Income derived by a resident of a Contracting State in respect of independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities shall be taxable only in that State unless:

- a) daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt; in diesem Fall können die Einkünfte insoweit in dem anderen Staat besteuert werden, als sie dieser festen Einrichtung zuzurechnen sind;
oder
- b) daß die Person sich in dem anderen Vertragsstaat zur Ausübung ihrer Tätigkeit insgesamt länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält; in diesem Fall können die Einkünfte insoweit in dem anderen Staat besteuert werden, als sie der in dem anderen Staat ausgeübten Tätigkeit zuzurechnen sind.
- a) he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities, in which case so much of the income may be taxed in that other State as is attributable to that fixed base; or
- b) he is present in the other Contracting State for the purpose of performing his activities for a period or periods exceeding in the aggregate 183 days in the calendar year concerned, in which case so much of the income may be taxed in that other State as is attributable to the activities performed in that other State.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17, 18, 19 und 20 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält,
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in diesem anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs ausgeübt wird, das ein Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betreibt, in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 14 und 15 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

(2) Erbringt ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat die Darbietungen eines in Absatz 1 erwähnten berufsmäßigen Künstlers oder Sportlers, so können die Gewinne, die das Unternehmen aus

Article 15

Dependent personal services

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 17, 18, 19 and 20 salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the calendar year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of that other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in that other State.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, remuneration in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State may be taxed in that State.

Article 16

Directors' fees

Directors' fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

Artistes and athletes

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 14 and 15, income derived by public entertainers, such as theatre, motion picture, radio or television artistes, and musicians, and by athletes, from their personal activities as such may be taxed in the Contracting State in which those activities are exercised.

(2) Notwithstanding anything contained in this Agreement, where the services of a public entertainer or an athlete mentioned in paragraph 1 are provided in a Contracting State by an enterprise of the other Contract-

dem Erbringen dieser Darbietungen bezieht, ungeachtet anderer Bestimmungen dieses Abkommens in dem anderen Staat besteuert werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Darbietungen von berufsmäßigen Künstlern und Sportlern, wenn ihr Besuch in einem Vertragsstaat ganz oder in wesentlichem Umfang aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats unterstützt wird.

Artikel 18

Öffentliche Kassen

(1) Vergütungen, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für unselbständige Arbeit gewährt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Wird aber die unselbständige Arbeit in dem anderen Vertragsstaat von einer natürlichen Person ausgeübt, die weder Staatsangehörige des erstgenannten Staates noch in dem anderen Staat lediglich zur Erbringung dieser Leistungen ansässig ist, so können die Vergütungen nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Auf Vergütungen für unselbständige Arbeit im Zusammenhang mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften oder auf Vergütungen, deren Aufwand dem im Absatz 1 zuerst genannten Vertragsstaat aus einem aus dem anderen Vertragsstaat stammenden oder dort unterhaltenen Sondervermögen erstattet werden, findet dieser Artikel keine Anwendung.

Artikel 19

Ruhegehälter und Renten

(1) Ruhegehälter (außer Ruhegehältern im Sinne des Absatzes 3) und Renten, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gezahlt werden, können in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ruhegehälter und Renten, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus Quellen innerhalb des anderen Vertragsstaats bezieht, können jedoch in dem anderen Staat besteuert werden; die Steuer darf aber 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zahlungen nicht übersteigen.

(3) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen einer natürlichen Person gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Der Ausdruck „Ruhegehalt“ bedeutet eine regelmäßig wiederkehrende Vergütung, die für frühere Dienstleistungen oder zum Ausgleich erlittener Nachteile entrichtet wird.

(5) Der Ausdruck „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslanglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts auf Grund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als angemessene Gegenleistung für bereits in Geld oder Geldeswert bewirkte Leistungen vorsieht.

Artikel 20

Lehrer und Studenten

(1) Ein Hochschullehrer oder anderer Lehrer, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder, unmittelbar bevor er sich in den anderen Vertragsstaat begab, in dem erst-

ing State, the profits derived by that enterprise from providing those services may be taxed in the first-mentioned State.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to services of public entertainers and athletes, if their visit to a Contracting State is supported wholly or substantially from public funds of the other Contracting State.

Article 18

Public funds

(1) Remuneration paid by, or out of funds created by, a Contracting State, a political subdivision or a local authority thereof, to any individual in respect of an employment shall be taxable only in that State. If, however, the employment is exercised in the other Contracting State by an individual who is neither a national of the first-mentioned State nor resident in the other State solely for the purpose of rendering those services, the remuneration shall be taxable only in other State.

(2) The provisions of this Article shall not apply to remuneration in respect of an employment in connection with any business carried on by a Contracting State, a political subdivision or a local authority thereof for the purpose of profits, or to remuneration the cost of which is reimbursed to the Contracting State first-mentioned in paragraph 1 out of funds earned or provided in the other Contracting State.

Article 19

Pensions and annuities

(1) Any pension (other than a pension of the kind referred to in paragraph 3) or any annuity paid to a resident of a Contracting State may be taxed in that State.

(2) However, such pension or annuity derived by an individual who is a resident of a Contracting State from sources within the other Contracting State may be taxed in that other State, but the tax so charged shall not exceed 5 percent of the gross amount of the payment.

(3) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State, a political subdivision or a local authority thereof, to any individual shall be taxable only in that State.

(4) The term "pension" means a periodic payment made in consideration of services rendered in the past or by way of compensation for injuries received.

(5) The term "annuity" means a stated sum payable periodically at stated times, during life or during a specified or ascertainable period of time, under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money's worth.

Article 20

Teachers and students

(1) A professor or teacher who is, or was immediately before visiting a Contracting State, a resident of the other Contracting State and who is present in the first-

genannten Staat ansässig war und der sich in dem anderen Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang zwecks fortgeschrittener Studien oder Forschungsarbeiten oder zwecks Ausübung einer Lehrtätigkeit an einer Universität, Hochschule oder anderen Lehranstalt aufhält, ist in dem anderen Staat mit allen für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, daß er diese Vergütungen von außerhalb dieses anderen Staates bezieht.

(2) Ein Student oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder, unmittelbar bevor er sich in den anderen Vertragsstaat begab, in dem erstgenannten Staat ansässig war, und der sich in dem anderen Staat lediglich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, ist in dem anderen Staat mit den folgenden Zahlungen von der Steuer befreit:

- a) mit allen für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung bestimmten Zahlungen seitens Personen, die außerhalb des anderen Staates ansässig sind, und
- b) mit Vergütungen bis zu 6 000 DM oder deren Gegenwert in kenianischer Währung je Kalenderjahr für Arbeit, die er in dem anderen Vertragsstaat ausübt, um die Mittel für seinen Unterhalt und sein Studium zu ergänzen.

Die in diesem Absatz vorgesehenen Vergünstigungen werden nur für den Zeitraum gewährt, der angemessen und in der Regel erforderlich ist, um das begonnene Studium oder die begonnene Ausbildung abzuschließen; auf keinen Fall aber werden sie einer natürlichen Person für länger als drei aufeinanderfolgende Jahre gewährt.

(3) Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig ist oder, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, in dem erstgenannten Staat ansässig war, und die sich in dem anderen Staat lediglich zum Studium, zur Forschung oder zur Ausbildung als Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer wissenschaftlichen, pädagogischen, religiösen oder mildtätigen Organisation oder im Rahmen eines Programms der technischen Hilfe, das von der Regierung eines Vertragsstaats durchgeführt wird, vorübergehend aufhält, ist mit dem Tag ihrer ersten Ankunft in dem anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt von der Steuer dieses anderen Staates befreit hinsichtlich

- a) dieses Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums und
- b) aller für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland.

(4) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf Einkünfte aus Forschung, wenn die Forschung nicht im öffentlichen Interesse, sondern vorwiegend für den privaten Nutzen einer bestimmten Person oder bestimmter Personen betrieben wird.

Artikel 21

Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22

Steuern vom Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

mentioned State for a period not exceeding two years for the purpose of carrying out advanced study or research or for teaching at a university, college, school or other educational institution shall be exempt from tax in the first-mentioned State in respect of any remuneration which he receives for such work, provided that such remuneration is derived by him from outside that State.

(2) A student or business apprentice who is, or was immediately before visiting a Contracting State, a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training shall be exempt from tax in the first-mentioned State on:

- a) payments made to him by persons residing outside that first-mentioned State for the purposes of his maintenance, education or training; and
- b) remuneration not exceeding 6 000 DM or the equivalent in Kenya currency for a calendar year from personal services undertaken in that first-mentioned State to supplement resources available to him for his maintenance and education.

The benefits of this paragraph shall extend only for such period of time as may be reasonably or customarily required to complete the education or training undertaken, but in no event shall any individual have the benefits of this paragraph for more than three consecutive years.

(3) An individual who is, or was immediately before visiting a Contracting State, a resident of the other Contracting State and who is temporarily present in the first-mentioned State solely for the purpose of study, research or training as a recipient of a grant, allowance or award from a scientific, educational, religious or charitable organization or under a technical assistance programme entered into by the Government of a Contracting State shall, from the date of his first arrival in the first-mentioned State in connection with that visit, be exempt from tax in that State

- a) on the amount of such grant, allowance or award; and
- b) on all remittances from abroad for the purposes of his maintenance, education or training.

(4) This Article shall not apply to income from research if such research is undertaken not in the public interest but primarily for the private benefit of a specific person or persons.

Article 21

Income not expressly mentioned

Items of income of a resident of a Contracting State which are not expressly mentioned in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

Article 22

Taxes on capital

(1) Capital represented by immovable property, as defined in paragraph 2 of Article 6, may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

(2) Anderes als unbewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie anderes als unbewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Capital represented by property other than immovable property forming part of the business property of a permanent establishment of an enterprise, or by such property pertaining to a fixed base used for the performance of professional services, may be taxed in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(3) Ships and aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State and property other than immovable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in that State.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Artikel 23

Befreiung von der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die Einkünfte aus Kenia sowie die in Kenia gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Kenia besteuert werden können. Die Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt aber die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung ihres Steuersatzes für die nicht so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für Dividenden, die an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in Kenia ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden, falls solche gezahlt werden, nach dem vorhergehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.
- b) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus Kenia zu erhebende deutsche Einkommensteuer und Körperschaftsteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die kenianische Steuer angerechnet, die nach kenianischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für
 - i) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
 - ii) Zinsen, die unter Artikel 11 Absatz 2 fallen;
 - iii) Lizenzgebühren und Geschäftsleitungsvergütungen, die unter Artikel 12 Absatz 2 fallen;
 - iv) Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, die unter Artikel 13 Absatz 4 fallen;
 - v) Vergütungen, die unter Artikel 16 fallen;
 - vi) Einkünfte, die unter Artikel 17 fallen;
 - vii) Ruhegehälter und Renten, die unter Artikel 19 Absatz 2 fallen.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch nicht den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer übersteigen, der auf diese Einkünfte entfällt.

Article 23

Elimination of double taxation

(1) Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

- a) Unless the provisions of sub-paragraph b apply, there shall be excluded from the basis upon which German tax is imposed, any item of income derived from Kenya and any item of capital situated within Kenya, which, according to this Agreement, may be taxed in Kenya. In the determination of its rate of tax applicable to any item of income or capital not so excluded, the Federal Republic of Germany will, however, take into account the item of income and capital so excluded. The foregoing provisions shall likewise apply to dividends paid to a company being a resident of the Federal Republic of Germany by a company being a resident of Kenya if at least 25 percent of the voting shares of the Kenyan company is owned directly by the German company. There shall also be excluded from the basis upon which German tax is imposed any shareholding, the dividends of which, if paid, would be excluded from the basis upon which tax is imposed according to the immediately foregoing sentence.
- b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German income and corporation tax, including the surcharge thereon, payable in respect of the following items of income derived from Kenya, the Kenyan tax paid under the laws of Kenya and in accordance with this Agreement on:
 - i) dividends to which sub-paragraph (a) does not apply;
 - ii) interest to which paragraph 2 of Article 11 applies;
 - iii) royalties and management fees to which paragraph 2 of Article 12 applies;
 - iv) capital gains to which paragraph 4 of Article 13 applies;
 - v) remuneration to which Article 16 applies;
 - vi) income to which Article 17 applies;
 - vii) pensions and annuities, to which paragraph 2 of Article 19 applies.

The credit shall not, however, exceed that part of the German tax, as computed before the credit is given, which is appropriate to such items of income.

c) Für die Zwecke der Anrechnung nach Buchstabe b gilt folgendes:

- i) Wird die kenianische Steuer von Dividenden, Zinsen oder Geschäftsleitungsvergütungen auf Grund von Sondermaßnahmen, die nach kenianischem Recht zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Kenia getroffen werden, vollständig erlassen oder auf einen Satz ermäßigt, der unter den in den Artikeln 10, 11 oder 12 vorgesehenen Steuersätzen liegt, so wird auf die deutsche Einkommensteuer und Körperschaftsteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer von diesen Dividenden, Zinsen oder Geschäftsleitungsvergütungen ein Betrag angerechnet, der dem in dem jeweiligen Artikel vorgesehenen Steuersatz entspricht;
- ii) die kenianische Steuer von Lizenzgebühren beträgt 20 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren.

Der nach den vorhergehenden Bestimmungen anzurechnende Betrag darf jedoch den Betrag der kenianischen Steuer nicht übersteigen, der nach kenianischem Recht ohne diese Sondermaßnahmen zu zahlen wäre.

(2) Bei einer in Kenia ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Wenn Einkünfte aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit diesem Abkommen von der kenianischen Steuer befreit sind, aber in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, kann Kenia bei der Ermittlung der Steuer von den übrigen Einkünften dieser Person den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn die aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bezogenen Einkünfte nicht von der kenianischen Steuer befreit wären;
- b) wenn Einkünfte aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland in beiden Vertragsstaaten besteuert werden können, rechnet Kenia auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, welcher der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten kenianischen Steuer nicht übersteigen, der auf die aus der Bundesrepublik Deutschland bezogenen Einkünfte entfällt.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaats dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, welche die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstands oder der Familienlasten oder sonstiger persönlicher Umstände zu gewähren, die er den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Personen gewährt.

c) For the purposes of credit referred to in sub-paragraph (b),

- i) where Kenyan tax on dividends, interest or management fees is wholly relieved or reduced below the rates of tax provided for in Articles 10, 11 or 12 by special incentive measures under Kenyan law designed to promote economic development in Kenya, there shall be allowed as a credit against German income tax and corporation tax, including the surcharge thereon, on such dividends, interest or management fees an amount corresponding to the rate of tax provided for in the respective Article;

- ii) Kenyan tax on royalties shall be deemed to be 20 percent of the gross amount of the royalties.

The credit allowed under the foregoing provisions shall, however, not exceed the amount of Kenyan tax, which would have been payable under Kenyan law but for special incentive measures as mentioned before.

(2) Tax shall be determined in the case of a resident of Kenya as follows:

- a) where income is derived from sources within the Federal Republic of Germany which in accordance with the provisions of this Agreement, is exempt from Kenyan tax but may be taxed in the Federal Republic of Germany then Kenya may, in calculating the tax on the remaining income of that person, apply the rate of tax which would have been applicable if the income derived from sources within the Federal Republic of Germany had not been so exempted;
- b) where income is derived from sources within the Federal Republic of Germany which may be taxed in both Contracting States, then Kenya shall allow as a deduction from the tax on the income of that person an amount equal to the tax paid in the Federal Republic of Germany. Such deduction, however, shall not exceed that part of the Kenyan tax as computed before the deduction is given, which is appropriate to the income derived from the Federal Republic of Germany.

Article 24

Non-discrimination

(1) The nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected.

(2) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities or any other personal circumstances which it grants to its own residents.

(3) Die Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer in dem anderen Staat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

(5) Die Anwendung dieses Artikels wird durch Artikel 1 nicht eingeschränkt.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Vertragsstaaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Staates unterbreiten, in dem sie ansässig ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach dem Datum dieser Maßnahme oder der letzten dieser Maßnahmen unterbreitet werden.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zum Zweck der Anwendung dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch zur Herbeiführung einer Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Artikel 26

Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die Informationen austauschen, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern oder mit der Prüfung von Rechtsbehelfen oder strafrechtlicher Verfolgung in bezug auf diese Steuern befaßt sind.

(3) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other State, shall not be subjected in the first-mentioned Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of that first-mentioned State are or may be subjected.

(4) In this Article the term "taxation" means taxes of every kind and description.

(5) The application of the provisions of this Article shall not be limited by the provisions of Article 1.

Article 25

Mutual agreement procedure

(1) Where a resident of a Contracting State considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with this Agreement, he may, notwithstanding the remedies provided by the national laws of those Contracting States, present his case to the competent authority of the State of which he is a resident. The case must be presented within three years of the date of such action or the latest of such actions as the case may be.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at an appropriate solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation not in accordance with this Agreement.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of this Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in this Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purposes of applying the provisions of this Agreement. When it seems advisable in order to reach agreement to have an oral exchange of opinions, such exchange may take place through a Commission consisting of representatives of the competent authorities of the Contracting States.

Article 26

Exchange of information

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for the carrying out of this Agreement. Any information so exchanged shall be treated as secret and shall not be disclosed to any persons, or authorities other than those concerned with the assessment or collection of the taxes which are the subject of this Agreement or the determination of appeals or the prosecution of offences in relation thereto.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichtete er einen der Vertragsstaaten,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

(3) Zur Verhinderung der Steuerhinterziehung oder -verkürzung bei den in Artikel 2 genannten Steuern können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten in gegenseitigem Einvernehmen alle zweckdienlichen Informationen austauschen. In diesem Fall gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

Artikel 27

Diplomatische und konsularische Vorrechte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den diplomatischen und konsularischen Beamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

Artikel 28

Land Berlin

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Kenia innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 29

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

- a) in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Einkünfte und des Vermögens, die in dem Veranlagungszeitraum, in dem das Abkommen in Kraft tritt, und in den folgenden Veranlagungszeiträumen steuerpflichtig sind;
- b) in Kenia hinsichtlich der Einkünfte, die in dem Einkommensjahr, in dem das Abkommen in Kraft tritt, und in den folgenden Jahren entstehen.

Artikel 30

Außerkräfttreten

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on one of the Contracting States the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws or the administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply particulars which are not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy.

(3) In order to prevent fraud or fiscal evasion concerning the taxes covered by Article 2 the competent authorities of the Contracting States may by mutual agreement exchange any relevant information. In such a case the provisions of paragraphs 1 and 2 shall likewise apply.

Article 27

Diplomatic and consular privileges

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of diplomatic or consular officials under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 28

Land Berlin

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the Government of the Republic of Kenya within three months from the date of entry into force of this Agreement.

Article 29

Entry into force

(1) This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Bonn as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force on the day after the date of exchange of the instruments of ratification and shall have effect:

- a) in the Federal Republic of Germany: in respect of income and capital taxable for the assessment period in which this Agreement enters into force and subsequent assessment periods;
- b) in Kenya: in respect of income arising for the year of income in which this Agreement enters into force and subsequent years.

Article 30

Termination

This Agreement shall continue in effect indefinitely but either of the Contracting States may, on or before the Thirtieth day of June in any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force, give to the other Contracting State, through diplomatic channels, written notice of termination and, in such event, this Agreement shall cease to be effective:

a) in der Bundesrepublik Deutschland

hinsichtlich der Einkünfte und des Vermögens, die in dem Veranlagungszeitraum, der auf den Veranlagungszeitraum folgt, in dem die Kündigung ausgesprochen wird, und in den folgenden Veranlagungszeiträumen steuerpflichtig sind;

b) in Kenia

hinsichtlich der Einkünfte, die in dem Einkommensjahr, das auf das Einkommensjahr folgt, in dem die Kündigung ausgesprochen wird, und in den folgenden Jahren entstehen.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Nairobi am 17. Mai 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

a) in the Federal Republic of Germany:

in respect of income and capital taxable for the assessment period next following that in which the notice of termination is given and subsequent assessment periods;

b) in Kenya:

in respect of income arising for the year of income next following that in which the notice of termination is given and subsequent years.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorised thereto, have signed the present Agreement.

DONE at Nairobi on this 17th day of May 1977, in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

**Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany**

Heimsoeth

**Für die Republik Kenia
For the Republic of Kenya**

Mwai Kibaki

Protokoll

Protocol

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE REPUBLIK KENIA

Haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 17. Mai 1977 in Nairobi die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

1. Zu Artikel 5:

- a) Ein Unternehmen wird so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, wenn es in diesem Staat für die Dauer von mehr als sechs Monaten eine überwachende Tätigkeit im Zusammenhang mit einer Bauausführung oder Montage im Sinne des Absatzes 2 Buchstabe h ausübt, die in diesem Staat vorgenommen wird.
- b) Im Sinne des Absatzes 2 Buchstabe h umfaßt der Ausdruck „Bauausführung oder Montage“ die Aufstellung von Maschinen oder Anlagen, nicht aber die bloße Erbringung von Nebenleistungen im Zusammenhang mit dem Verkauf der Maschinen oder Anlagen.

2. Zu den Artikeln 6 bis 21:

Unterliegen Einkünfte — ausgenommen Zinsen, die unter Artikel 11 Absatz 3 fallen —, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person von außerhalb dieses Staates bezieht, in diesem Staat nicht der Steuer, weil sie von außerhalb des Staates bezogen werden, so finden diese Artikel in dem anderen Vertragsstaat auf diese Einkünfte keine Anwendung.

3. Zu Artikel 7:

- a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats, das eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat hat, Güter oder Waren gleicher oder ähnlicher Art wie die Betriebsstätte, oder erbringt es Leistungen gleicher oder ähnlicher Art wie die Betriebsstätte, so können die Gewinne aus dieser Tätigkeit der Betriebsstätte zugerechnet werden, es sei denn, daß das Unternehmen nachweist, daß die Verkäufe oder Leistungen nicht der Tätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen sind;
- b) Absatz 3 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat, den Abzug von Aufwendungen zuzulassen, die von einem unabhängigen Unternehmen dieses Staates nach seinem innerstaatlichen Recht nicht als Abzug geltend gemacht werden können.

4. Zu Artikel 11:

Absatz 3 gilt auch für Zinsen, die aus Kenia stammen und an die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) gezahlt werden.

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

and

THE REPUBLIC OF KENYA

Have agreed at the signing at Nairobi on 17th May 1977 of the Agreement between the two States for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital upon the following provisions which shall form an integral part of the said Agreement.

1. With reference to Article 5,

- a) an enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State if it carries on supervisory activities in that State for more than six months in connection with a building site or construction or assembly project, as defined in paragraph 2 (h), which is being undertaken in that State;
- b) the term "construction or assembly project" shall be deemed for the purposes of paragraph 2 (h) to include an installation of machinery or plant but shall not include the mere provision of auxiliary services in connection with the sale of such machinery or plant.

2. With reference to Articles 6 to 21,

where any income, other than interest to which paragraph 3 of Article 11 applies, derived from outside of a Contracting State by a resident of that State is not subject to tax in that State by reason of its foreign origin, the provisions of these Articles shall not apply in the other Contracting State in respect of such income.

3. With reference to Article 7,

- a) if an enterprise of a Contracting State, which has a permanent establishment in the other Contracting State, sells goods or merchandise of the same or similar kind as those sold by the permanent establishment, or renders services of the same or similar kind as those rendered by the permanent establishment, the profits of such activities may be attributed to the permanent establishment unless the enterprise proves that such sales or services are not attributable to the activity of the permanent establishment;
- b) paragraph 3 shall not be construed as obliging a Contracting State to allow the deduction of expenses which under its domestic legislation would not be deductible by an independent enterprise of that State.

4. With reference to Article 11,

the provisions of paragraph 3 shall also apply to interest arising in Kenya and paid to the Kreditanstalt für Wiederaufbau or to the Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft).

5. Zu Artikel 18:

Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an einen Sachverständigen oder freiwilligen Helfer gezahlt werden, der in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden ist.

6. Zu Artikel 23:

Ungeachtet des Absatzes 1 Buchstabe a gilt Absatz 1 Buchstabe b, nicht aber Absatz 1 Buchstabe c, entsprechend für die Gewinne einer Betriebstätte und für das Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte darstellt, für die von einer Gesellschaft gezahlten Dividenden und für die Beteiligung an einer Gesellschaft, sowie für die in Artikel 13 Absatz 2 des Abkommens erwähnten Gewinne, es sei denn, daß die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweist, daß die Einnahmen der Betriebstätte oder Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich stammen

- a) aus einer der folgenden innerhalb Kenias ausgeübten Tätigkeiten: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, technische Beratung oder technische Dienstleistung oder Bank- oder Versicherungsgeschäfte oder
- b) aus Dividenden, die von einer oder mehreren in Kenia ansässigen Gesellschaften gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mehr als 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehören und die ihre Einkünfte wiederum ausschließlich oder fast ausschließlich aus einer der folgenden innerhalb Kenias ausgeübten Tätigkeiten beziehen: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, technische Beratung oder technische Dienstleistung oder Bank- oder Versicherungsgeschäfte.

7. Zu Artikel 24:

- a) Bei der Anwendung des Absatzes 1 werden den Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, die in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden können und dort ansässig sind, alle Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstands gewährt, die der andere Vertragsstaat den dort ansässigen Personen gewährt.
- b) Absatz 2 ist nicht so auszulegen, als hindere er Kenia eine Steuer von nicht mehr als 9 vom Hundert des Gewinns einer Betriebstätte einer deutschen Gesellschaft in Kenia neben der Steuer zu erheben, die nach dem Satz erhoben wird, der für Gewinne ähnlicher kenianischer Unternehmen gilt.

5. With reference to Article 18,

the provisions of the first sentence of paragraph 1 shall likewise apply in respect of remuneration paid, under a development assistance programme of a Contracting State, or of a political subdivision or local authority thereof, out of funds exclusively supplied by that State, or by a political subdivision or local authority thereof, to a specialist or volunteer seconded to the other Contracting State with the consent of that other State.

6. With reference to Article 23,

notwithstanding the provisions of paragraphs 1 (a), the provisions of paragraph 1 (b) but not of paragraph 1 (c) shall apply likewise to the profits of, and to the capital represented by property forming part of the business property of, a permanent establishment; to dividends paid by, and to the shareholding in, a company; or to gains referred to in paragraph 2 of Article 13 of the Agreement, provided that the resident of the Federal Republic of Germany concerned does not prove that the receipts of the permanent establishment or company are derived exclusively or almost exclusively

- a) from producing or selling goods and merchandise, giving technical advice or rendering engineering services, or doing banking or insurance business, within Kenya, or
- b) from dividends paid by one or more companies, being residents of Kenya, more than 25 percent of the voting shares of which is owned by the first mentioned company, which themselves derive their receipts exclusively or almost exclusively from producing or selling goods or merchandise, giving technical advice or rendering engineering services, or doing banking or insurance business, within Kenya.

7. With reference to Article 24,

- a) in the application of paragraph 1, nationals of a Contracting State who are taxable in the other Contracting State shall, if they are residents of that other Contracting State, receive any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status which that other Contracting State grants to its residents;
- b) paragraph 2 shall not be construed as disallowing Kenya to impose a tax not exceeding 9 percent of the profits of a permanent establishment which a German company has in Kenya in addition to tax at the rate levied on profits of similar enterprises of Kenya.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Heimsoeth

Für die Republik Kenia
For the Republic of Kenya
Mwai Kibaki

Gesetz
zu dem Abkommen vom 18. Juli 1977
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen

Vom 30. Mai 1979

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Budapest am 18. Juli 1977 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen und dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tag wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt
und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 30. Mai 1979

Der Bundespräsident
Scheel

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Matthöfer

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Ungarischen Volksrepublik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen**

**Egyezmény
a Németországi Szövetségi Köztársaság és
a Magyar Népköztársaság között a kettős adóztatás
elkerülésére a jövedelem-, a hozadéki és a
vagyonadók területén**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Ungarische Volksrepublik —

A Németországi Szövetségi Köztársaság
és
a Magyar Népköztársaság

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Schlußakte der Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa —

FIGYELEMBE VÉVE a Helsinki Európai Biztonsági és Együttműködési Konferencia Záróokmányát,

VON DEM WUNSCH GELEITET, zwecks Entwicklung und Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen steuerliche Hemmnisse abzubauen, —

ATTÓL AZ ÓHAJTÓL VEZETVE, hogy gazdasági kapcsolataik fejlesztése és könnyítése céljából az adóügyi akadályokat kiküszöböljék,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

A KÖVETKEZŐKBEN ALLAPODTAK MEG:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

1. cikk

Személyi hatály

Az Egyezmény azokra a személyekre terjed ki, akik az egyik Szerződő Államban vagy mindkét Szerződő Államban illetőséggel bírnak.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen, die in einem der beiden Vertragsstaaten erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen oder Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder Vermögens oder vom Ertrag erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Steuern im Sinne dieses Abkommens sind

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Vermögensteuer,
die Grundsteuer und
die Gewerbesteuer;

b) in der Ungarischen Volksrepublik:

die Einkommensteuern,
die Ertragsteuern,
die betriebliche Sondersteuer,
die Haussteuer,

2. cikk

Az Egyezmény alá eső adók

(1) Az Egyezmény, a beszedés módjára való tekintet nélkül, azokra az adókra terjed ki, amelyeket a jövedelem, a hozadék és a vagyon után a Szerződő Államok egyikében beszednek.

(2) Jövedelem-, hozadéki és vagyonadóknak tekintendők mindazok az adók, amelyeket a teljes jövedelem, a teljes vagyon, vagy a jövedelem vagy a vagyon részei vagy a hozadék után szednek be, ideértve az ingó vagy ingatlan vagyon elidegenítéséből származó nyereség utáni adókat, a bérösszegadókat valamint a vagyon-növekmény utáni adókat is.

(3) Az Egyezmény értelmében adóknak tekintendők

a) a Németországi Szövetségi Köztársaságban:

a jövedelemadó,
a társulati adó,
a vagyonadó,
a föld- és telekadó,
az ipari adó;

b) a Magyar Népköztársaságban:

a jövedelemadók,
a nyereségadók,
a vállalati különadó
a házadó,

die Hauswertsteuer,
die Grundsteuer,
der Beitrag zur Förderung des Wachstums der
Gemeinden,
die Gebühr für die Dividenden- und Gewinn-
auszahlungen der Handelsgesellschaften.

(4) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher
oder ähnlicher Art, die nach seiner Unterzeichnung neben
den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle
erhoben werden.

Artikel 3

Allgemeine Definitionen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammen-
hang nichts anderes erfordert:

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der
andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang,
die Bundesrepublik Deutschland oder die Ungarische
Volksrepublik und, wenn für Zwecke dieses Abkom-
mens im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet,
in dem das Steuerrecht des betreffenden Staates gilt;
- b) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und
Gesellschaften;
- c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Per-
sonen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie
juristische Personen behandelt werden;
- d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertrags-
staats“ und „Unternehmen des anderen Vertrags-
staats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer
in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben
wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem
anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben
wird;
- e) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf sei-
ten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesmini-
ster der Finanzen und auf seiten der Ungarischen
Volksrepublik den Finanzminister.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens durch einen
Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts an-
deres erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die
Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über
die Steuern zukommt, welche Gegenstand dieses Abkom-
mens sind.

Artikel 4

Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck
„eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Per-
son, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund
ihrer Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes
ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merk-
mals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden
Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in
dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Ver-
fügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige
Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat an-
sässig, in dem sie den Mittelpunkt ihrer Lebensinter-
essen hat.
- b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat
die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen
hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten
über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem
Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen
Aufenthalt hat.

a) házártékaadó,
a föld- és telekadó,
a közséfejlesztési hozzájárulás,

a kereskedelmi társaságok osztalék és nyereség
kifizetései utáni illeték.

(4) Az Egyezmény érvényes minden olyan azonos vagy
hasonló jellegű adóra is, amelyet az Egyezmény aláírá-
sa után a jelenleg létező adók mellett vagy azok helyett
szednek be.

3. cikk

Általános meghatározások

(1) Az Egyezmény értelmében, ha az összefüggés mást
nem kíván:

- a) „az egyik Szerződő Állam“ és „a másik Szerződő
Állam“ kifejezés, az összefüggésnek megfelelően, a
Németországi Szövetségi Köztársaságot vagy a
Magyar Népköztársaságot jelenti, és ha ennek az
Egyezménynek céljaira földrajzi értelemben használ-
ják, azt a területet, ahol az illető állam adójoga
érvényes;
- b) a „személy“ kifejezés magában foglalja a termés-
tes személyeket és a társaságokat;
- c) a „társaság“ kifejezés jelenti a jogi személyeket,
vagy azokat a jogalanyokat, amelyeket az adóztatás
szempontjából jogi személyként kezelnek;
- d) az „egyik Szerződő Állam vállalkozása“ és a
„másik Szerződő Állam vállalkozása“ kifejezés
az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró sze-
mély, illetőleg a másik Szerződő Államban ille-
tőséggel bíró személy által folytatott vállalkozást
jelenti;
- e) az „illetékes hatóság“ kifejezés a Németországi
Szövetségi Köztársaság részéről a szövetségi pén-
zügyminisztert, a Magyar Népköztársaság részéről
a pénzügyminisztert jelenti.

(2) Az Egyezménynek az egyik Szerződő Állam ál-
tal történő alkalmazásánál, ha a szövegösszefüggés
mást nem kíván, bármely, másképpen meg nem ha-
tározott kifejezésnek olyan értelme van, mint amilyent
arra nézve ennek az államnak az Egyezmény által érin-
tett adókra vonatkozó joga megállapít.

4. cikk

Lakóhely az adó szempontjából

(1) Az Egyezmény értelmében az „egyik Szerződő
Államban illetőséggel bíró személy“ kifejezés olyan
személyt jelent, aki ennek az államnak a joga szerint
ott, lakóhelye, állandó tartózkodási helye, üzletvezeté-
sének helye vagy más hasonló ismerv alapján, adókó-
teles.

(2) Amennyiben egy természetes személy az (1) beke-
zés szerint mindkét Szerződő Államban illetőséggel
bír, a következők érvényesek:

- a) A személy abban a Szerződő Államban tekintendő
illetőséggel bírónak, amelyben állandó lakóhellyel
rendelkezik. Ha mindkét Szerződő Államban rendel-
kezik állandó lakóhellyel, úgy abban a Szerződő
Államban tekintendő illetőséggel bírónak, amely-
ben létérdekeinek központja van.
- b) Amennyiben nem határozható meg, hogy a személy
létérdekeinek központja melyik Szerződő Államban
van, vagy a Szerződő Államok egyikében sem ren-
delkezik állandó lakóhellyel, úgy abban a Szer-
ződő Államban tekintendő illetőséggel bírónak,
amelyben szokásos tartózkodási helye van.

c) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person nach den Buchstaben a und b als ansässig gilt, so werden die Vertragsstaaten gemäß Artikel 25 vorgehen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5 Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Einrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebsstätten gelten nicht:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Einrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Einrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft, sei sie eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine

c) Amennyiben az a) és b) pontok alapján nem határozható meg, hogy a személy melyik Szerződő Államban tekintendő illetőséggel bírónak, a Szerződő Államok a 25. cikk szerint járnak el.

(3) Amennyiben más, mint egy természetes személy az (1) bekezdés szerint mindkét Szerződő Államban illetőséggel bír, abban a Szerződő Államban tekintendő illetőséggel bírónak, amelyben tényleges üzletvezetésének helye van.

5. cikk Telephely

(1) Az Egyezmény értelmében a „telephely” kifejezés állandó berendezést jelent, amelyben a vállalkozás tevékenységét egészben vagy részben kifejti.

(2) A „telephely” kifejezés magában foglalja különösen:

- a) a vezetés helyét,
- b) a fiókot,
- c) az irodát,
- d) a gyártelepet,
- e) a műhelyt,
- f) a bányát, a kőfejtőt vagy a föld kincseinek kiaknázására szolgáló más telepet,
- g) az olyan építési kivitelezést vagy szerelést, amelynek időtartama 12 hónapot meghalad.

(3) Nem tekintendők telephelynek:

- a) azok a berendezések, amelyeket kizárólag a vállalkozás javainak vagy áruinak raktározására, kiállítására vagy kiszolgáltatására használnak;
- b) a vállalkozás javainak vagy áruinak olyan készletei, amelyeket kizárólag raktározás, kiállítás vagy kiszolgáltatás céljából tartanak;
- c) a vállalkozás javainak vagy áruinak olyan készletei, amelyeket kizárólag abból a célból tartanak, hogy azokat egy másik vállalkozás megmunkálja vagy feldolgozza;
- d) az állandó berendezés, amelyet kizárólag abból a célból tartanak fenn, hogy a vállalkozás részére javakat vagy árukat vásároljanak vagy információkat szerezzenek;
- e) az állandó berendezés, amelyet kizárólag abból a célból tartanak fenn, hogy a vállalkozást reklámozzák, információkat adjanak, tudományos kutatást végezzenek vagy hasonló tevékenységet folytassanak, amely előkészítő vagy kisegítő jellegű.

(4) Amennyiben egy személy — kivéve az (5) bekezdés értelmében a független képviselőt — az egyik Szerződő Államban a másik Szerződő Állam vállalkozása érdekében tevékenykedik, úgy az előbb említett államban akkor adott a telephely, ha a személynek meghatalmazása van a vállalkozás nevében szerződéseket kötni és meghatalmazásával ebben az államban rendszeresen él, kivéve, ha tevékenysége javaknak vagy áruknak a vállalkozás részére való vételére korlátozódik.

(5) Az egyik Szerződő Állam vállalkozását nem lehet úgy tekinteni, mintha annak a másik Szerződő Államban telephelye volna, csupán azért, mert tevékenységét ott alkusz, bizományos vagy más független képviselő útján fejti ki, amennyiben ezek a személyek rendes üzleti tevékenységük keretében járnak el.

(6) Egvedül azáltal, hogy az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró társaság egy olyan társaságot ural vagy azt egy olyan társaság uralja, amely a másik Szerződő Államban illetőséggel bír, vagy ott

Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufs dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbstständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

6. cikk

Ingatlan vagyonból származó jövedelem

(1) Ingatlan vagyonból származó jövedelem abban a Szerződő Államban adózatható, amelyben ez a vagyon fekszik.

(2) Az „ingatlan vagyon” kifejezést annak a Szerződő Államnak a joga szerint kell meghatározni, amelyben a vagyon fekszik. A kifejezés minden esetben magában foglalja az ingatlan vagyon tartozékát, a mező- és erdőgazdasági üzemek élő és holt felszerelését, azokat a jogokat, amelyekre a földterületekre vonatkozó polgári jogi előírások nyerne alkalmazást, az ingatlan vagyon használati jogát, valamint az ásványlelőhelyeknek, forrásoknak és a föld más kincseinek kiaknázásáért vagy kiaknázásának jogáért járó változó vagy állandó térítésekre vonatkozó jogokat; hajók és légitjárművek nem tekintendők ingatlan vagyonnak.

(3) Az (1) bekezdés az ingatlan vagyon közvetlen használatából, bérbe adásából vagy haszonbérbe adásából, valamint a használat minden más fajtájából származó jövedelemre érvényes.

(4) Az (1) és (3) bekezdés a vállalkozás ingatlan vagyonából származó jövedelmére és a szabad foglalkozás gyakorlására szolgáló ingatlan vagyonból származó jövedelemre is érvényes.

7. cikk

Vállalkozási nyereség

(1) Az egyik Szerződő Állam vállalkozásának nyeresége csak ebben az államban adózatható, kivéve, ha a vállalkozás tevékenységét a másik Szerződő Államban egy ott levő telephely útján fejti ki. Amennyiben a vállalkozás így módon fejti ki tevékenységét, úgy a vállalkozás nyeresége a másik államban adózatható, azonban csak olyan mértékben, amilyen mértékben az ennek a telephelynek tudható be.

(2) Ha az egyik Szerződő Állam vállalkozása tevékenységét a másik Szerződő Államban egy ott levő telephely útján fejti ki, úgy ennek a telephelynek mindegyik Szerződő Államban azokat a nyereségeket kell betudni, amelyeket akkor érhetett volna el, ha azonos vagy hasonló tevékenységet, azonos vagy hasonló feltételek mellett mint önálló vállalkozás fejtett volna ki és azzal a vállalkozással lebonyolított forgalmában, amelynek telephelye, teljesen független lett volna.

(3) A telephely nyereségének megállapításánál az a telephely miatt felmerült költségek, beleértve az üzletvezetési és általános ügyviteli költségeket, levonhatók, tekintet nélkül arra, hogy abban az államban merültek-e fel, ahol a telephely fekszik, vagy máshol.

(4) Javaknak és áruknak a vállalkozás részére történő puszta vásárlása alapján a telephelynek nem számítható be nyereség.

(5) Amennyiben a nyereségekhez olyan jövedelem tartozik, amellyel az Egyezmény más cikkei foglalkoznak, úgy azoknak a cikkeknél rendelkezéseit a jelen cikk rendelkezései nem érintik.

Artikel 8**Schiff- und Luftfahrt**

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens der Schiff- oder Luftfahrt an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß, unabhängig davon, ob der Verkehr mit eigenen oder gecharterten Fahrzeugen durchgeführt wird.

Artikel 9**Verbundene Unternehmen**

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist, oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10**Dividenden**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 25 vom Hundert der Einnahmen eines stillen Gesellschafters im Sinne des Absatzes 4;

8. cikk**Hajózás és légiforgalom**

(1) Az a nyereség, amely tengeri hajóknak vagy légi járműveknek a nemzetközi forgalomban való üzemeltetéséből származik, csak abban a Szerződő Államban adózatható, amelyikben a vállalkozás tényleges üzletvezetésének helye van.

(2) Az a nyereség, amely belvízi hajózás lebonyolítására szolgáló hajók üzemeltetéséből származik, csak abban a Szerződő Államban adózatható, amelyikben a vállalkozás tényleges üzletvezetésének helye van.

(3) Ha egy belvízi vagy tengerhajózási vállalkozás tényleges üzletvezetésének helye egy hajó fedélzetén van, e hely abban a Szerződő Államban lévőnek tekintendő, amelyikben e hajó hazai kikötője fekszik, vagy, hazai kikötő hiányában, abban a Szerződő Államban, amelyikben a hajó üzemben tartója illetőséggel bír.

(4) Az előző három bekezdés értelemszerűen érvényes hajózási vagy légiforgalmi vállalkozások poolban, közös üzemeltetésben vagy egyéb nemzetközi üzemeltetésű szervezetben való részvételére is, függetlenül attól, hogy a forgalmat saját vagy bérelt járművekkel bonyolítják le.

9. cikk**Kapcsolt vállalkozások**

Amennyiben

- a) az egyik Szerződő Állam vállalkozása közvetlenül vagy közvetve a másik Szerződő Állam vállalkozásának üzletvezetésében, ellenőrzésében vagy tőkéjében részesedik, vagy
- b) ugyanazok a személyek közvetlenül vagy közvetve az egyik Szerződő Állam vállalkozásának és a másik Szerződő Állam vállalkozásának üzletvezetésében, ellenőrzésében vagy tőkéjében részesednek

és ezekben az esetekben a két vállalkozás egymás között kereskedelmi vagy pénzügyi kapcsolataikra tekintettel olyan feltételekben állapodnak meg, vagy olyan feltételeket szabnak, amelyek eltérnek azokról, amelyekben független vállalkozások egymással megállapodnának, úgy az a nyereség, amelyet a vállalkozások egyike e feltételek nélkül elért volna, e feltételek miatt azonban nem ért el, ennek a vállalkozásnak a nyereségéhez hozzászámítható és megfelelően megadóztatható.

10. cikk**Osztalék**

(1) Az osztalék, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró társaság a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró társaság a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek fizet, a másik államban adózatható.

(2) Ez az osztalék mindamellett abban a Szerződő Államban is, amelyben az osztalékot fizető társaság illetőséggel bír, ennek az államnak a joga szerint megadóztatható; az adó azonban nem haladhatja meg:

- a) az osztalék bruttó összegének 5%-át, ha a jogosult egy olyan társaság, amely az osztalékot fizető társaság tőkéjének legalább 25%-ával közvetlenül rendelkezik;
- b) a csendestárs (4) bekezdés szerinti bevételeinek 25%-át;

c) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

(3) Solange in einem Vertragsstaat der Satz der Steuer vom Gewinn einer Gesellschaft für den ausgeschütteten Gewinn niedriger ist als der Satz der Steuer für den nichtausgeschütteten Gewinn und der Unterschied 20 Vom-Hundert-Punkte oder mehr beträgt, darf abweichend von Absatz 2 die Steuer, die in diesem Staat von den Dividenden erhoben wird, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden betragen, wenn die Dividenden von einer in diesem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft stammen und von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft bezogen werden, der entweder selbst oder zusammen mit anderen Personen, von denen sie beherrscht wird oder die mit ihr gemeinsam beherrscht werden, unmittelbar oder mittelbar mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der in dem erstgenannten Staat ansässigen Gesellschaft gehören.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einnahmen aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen oder anderen Rechten mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einnahmen, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einnahmen aus Aktien gleichgestellt sind, einschließlich der Einnahmen aus Beteiligungen an einem Unternehmen als stiller Gesellschafter, aus Gewinnobligationen oder aus partiarischen Darlehen sowie der Ausschüttungen auf die Anteilscheine von Kapitalanlagegesellschaften (Investmentfonds).

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für welche die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Forderungen, für welche die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

c) az osztalék bruttó összegének 15 %-át minden egyéb esetben.

(3) Amennyiben az egyik Szerződő Államban a társasági nyereség adójának tétele a felosztott nyereségekre alacsonyabb, mint a fel nem osztott nyereségekre és a különbség 20 vagy annál több százalékpont, az adó, amelyet ebben az államban az osztalék után beszednek, a (2) bekezdéstől eltérően az osztalék bruttó összegének 15 %-a lehet. Ennek az is feltétele, hogy az osztalék ebben a Szerződő Államban illetőséggel bíró társaságtól származzon és élvezője a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró olyan társaság legyen, amelynek — egyedül vagy más, ez utóbbi társaságot uraló vagy e társaság által uralt személyekkel együtt — az elsőként említett államban illetőséggel bíró társaságban a szavazatra jogosító érdekeltsége közvetlenül vagy közvetve legalább 25 %-os.

(4) A jelen cikkben használt „osztalék” kifejezés részvényekből, élvezeti részvényekből vagy élvezeti jegyekből, bányarészjegyekből vagy nyereségrészesedést biztosító más jogokból származó jövedelmet, valamint egyéb társasági érdekeltségből származó olyan jövedelmet jelent, amely annak az államnak az adójoga szerint, amelyben a nyereséget felosztó társaság illetőséggel bír, a részvényekből származó jövedelemmel azonos elbírálás alá esik. Ide értendők a valamely vállalkozásban csendes társként való érdekeltségből, a nyereségmentes részvényekből vagy nyereségrészesedés kölcsönből származó jövedelmek, továbbá a felosztások a beruházási társaságok (Investmentfonds) részjegyeire.

(5) Az (1), (2) és (3) bekezdés nem alkalmazandó, ha az osztalék egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró kedvezményezettjének a másik Szerződő Államban, amelyben az osztalékot fizető társaság illetőséggel bír, telephelye van és az érdekeltség, amely után az osztalékot fizetik, ténylegesen ehhez a telephelyhez tartozik. Ebben az esetben a 7. cikket kell alkalmazni.

(6) Ha az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró társaság nyereséget vagy jövedelmet élvez a másik Szerződő Államból, úgy ez a másik állam nem adózathatja meg sem az osztalékot, amelyet a társaság nem ebben a másik államban illetőséggel bíró személynek fizet, sem a társaság nyereségét nem vetheti a fel nem osztott nyereség adó alá, még akkor sem, ha a kifizetett osztalék vagy a fel nem osztott nyereség egészen vagy részben a másik államban elért nyereségből vagy jövedelemből áll.

11. cikk

Kamat

(1) A kamat, amely az egyik Szerződő Államból származik és amelyet a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek fizetnek, csak a másik államban adózatható.

(2) Az ebben a cikkben használt „kamat” kifejezés állami kölcsönökből, kötvényekből, még akkor is, ha azok a földterületre bejegyzett jelzálogjoggal vannak biztosítva és mindenfajta követelésből származó jövedelmet, valamint minden más jövedelmet jelent, amely annak az államnak az adójoga szerint, amelyből származik, a kölcsönből származó jövedelemmel azonos elbírálás alá esik.

(3) Az (1) bekezdés nem alkalmazandó, ha a kamat egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró kedvezményezettjének a másik Szerződő Államban, amelyből a kamat származik, telephelye van és a követelés, amely után a kamatot fizetik, ténylegesen ehhez a telephelyhez tartozik. Ebben az esetben a 7. cikket kell alkalmazni.

(4) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(5) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken einschließlich Filmen oder Bandaufnahmen, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(5) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

(4) A kamat akkor tekintendő az egyik Szerződő Államból származónak, ha az adós maga ez az állam vagy egyik tartománya vagy ezek egyik területi köztisztviselője vagy valamely ebben az államban illetőséggel bíró személy. Ha azonban a kamat adósának, függetlenül attól, hogy a Szerződő Államok egyikében illetőséggel bír-e, az egyik Szerződő Államban telephelye van, és az adósság, ami után a kamatot fizetik, a telephely céljaira keletkezett és a kamatot a telephely viseli, a kamat abból a Szerződő Államból származónak tekintendő, amelyikben a telephely van.

(5) Ha az adós és a hitelező, vagy mindegyikük és egy harmadik személy között különleges kapcsolatok állnak fenn és ezért a fizetett kamat az alapjául szolgáló követeléshez mérten meghaladja azt az összeget, amelyben az adós és a hitelező e kapcsolatok nélkül megállapodott volna, úgy ezt a cikket csak ez utóbbi összegre kell alkalmazni. Ebben az esetben a többletösszeg mindegyik Szerződő Állam joga szerint és az Egyezmény más rendelkezéseinek figyelembevételével adózható.

12. cikk

Licencdíj

(1) A licencdíj, amely az egyik Szerződő Államból származik és amelyet a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek fizetnek, csak a másik államban adózható.

(2) Az ebben a cikkben használt „licencdíj” kifejezés azt a bármilyen jellegű térítést jelenti, amelyet irodalmi, művészeti vagy tudományos művek, beleértve a filmeket vagy mágnesszalagos felvételeket, szerzői jogának, szabadalmak, védjegyek, minták vagy modellek, tervek, titkos formulák vagy eljárások használatáért vagy használati jogáért, vagy ipari, kereskedelmi vagy tudományos felszerelések használatáért vagy használati jogáért, vagy ipari, kereskedelmi vagy tudományos tapasztalatok közléséért fizetnek.

(3) Az (1) bekezdés nem alkalmazandó, ha a licencdíj egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró kedvezményezettjének a másik Szerződő Államban, amelyből a licencdíj származik, telephelye van és a jogok vagy vagyoni értékek, amelyekért a licencdíjat fizetik, teljesen ehhez a telephelyhez tartoznak. Ebben az esetben a 7. cikket kell alkalmazni.

(4) A licencdíj akkor tekintendő az egyik Szerződő Államból származónak, ha az adós maga és az állam vagy egyik tartománya, vagy ezek egyik területi köztisztviselője vagy valamely ebben az államban illetőséggel bíró személy. Ha azonban a licencdíj adósának, függetlenül attól, hogy a Szerződő Államok egyikében illetőséggel bír-e, az egyik Szerződő Államban telephelye van, és a licencdíj fizetési kötelezettség a telephely céljaira keletkezett és a licencdíjat a telephely viseli, a licencdíj abból a Szerződő Államból származónak tekintendő, ahol a telephely van.

(5) Ha az adós és a hitelező, vagy mindegyikük és egy harmadik személy között különleges kapcsolatok állnak fenn és ezért a fizetett licencdíj a nyújtott szolgáltatáshoz mérten meghaladja azt az összeget, amelyben az adós és a hitelező e kapcsolatok nélkül megállapodott volna, úgy ezt a cikket csak ez utóbbi összegre kell alkalmazni. Ebben az esetben a többletösszeg mindegyik Szerződő Állam joga szerint és az Egyezmény más rendelkezéseinek figyelembevételével adózható.

Artikel 13

Veräußerungsgewinne

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufs in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch dürfen Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden darf.

(3) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 und 2 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so dürfen die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Zahnärzte.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person für die in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Tätigkeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält,
- b) die Vergütungen von einer Person oder für eine Person gezahlt werden, die nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und

13. cikk

Elidegenítésből származó nyereség

(1) A 6. cikk (2) bekezdésében meghatározott ingatlan vagyon elidegenítéséből származó nyereség abban a Szerződő Államban adózatható, amelyben ez a vagyon fekszik.

(2) Az olyan ingó vagyon elidegenítéséből származó nyereség, amely az egyik Szerződő Állam vállalkozása másik Szerződő Államban lévő telephelyének üzemi vagyona, vagy amely egy olyan állandó berendezéshez tartozik, amellyel az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy szabad foglalkozás kifejtése céljából a másik Szerződő Államban rendelkezik, beleértve az olyan nyereséget, amelyet egy ilyen telephelynek (egyedül vagy az egész vállalkozással együtt történő) elidegenítésével vagy egy ilyen állandó berendezésnek az elidegenítésével érnek, a másik államban adózatható. A 22. cikk (3) bekezdésében említett ingó vagyon elidegenítéséből származó nyereség azonban csak abban a Szerződő Államban adózatható, amelyben ez az ingó vagyon a hivatkozott cikk szerint adózatható.

(3) Az (1) és (2) bekezdésben nem említett vagyon elidegenítéséből származó nyereség csak abban a Szerződő Államban adózatható, amelyben az elidegenítő illetőséggel bír.

14. cikk

Szabad foglalkozás

(1) Az olyan jövedelem, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy szabad foglalkozásból, vagy más hasonló jellegű önálló tevékenységből élvez, csak ebben az államban adózatható, kivéve, ha a személy tevékenységének kifejtéséhez a másik Szerződő Államban rendszeresen állandó berendezéssel rendelkezik. Amennyiben a személy ilyen állandó berendezéssel rendelkezik, úgy a jövedelem a másik államban adózatható, azonban csak annyiban, amennyiben az ennek az állandó berendezésnek tudható be.

(2) A „szabad foglalkozás” kifejezés magában foglalja különösen az önállóan kifejtett tudományos, irodalmi, művészeti, nevelési vagy oktatási tevékenységet, valamint az orvosok, ügyvédek, mérnökök, építésszek és fogorvosok önálló tevékenységét.

15. cikk

Nem önálló munka

(1) A 16., 17., 18., 19. és 20. cikkek fenntartásával a fizetés, a bér és más hasonló térítés, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró természetes személy nem önálló munkáért kap, csak ebben az államban adózatható, kivéve, ha a munkát a másik államban végzik. Amennyiben a munkát ott végzik, úgy az ezért kapott térítés a másik államban adózatható.

(2) Tekintet nélkül az (1) bekezdésre, az a térítés, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró természetes személy a másik Szerződő Államban végzett nem önálló munkáért kap, csak az először említett államban adózatható, ha

- a) a kedvezményezett a másik államban a vonatkozó naptári évben összesen nem tartózkodik hosszabb ideig, mint 183 nap, és
- b) a térítést olyan személy fizeti vagy olyan személy nevében fizetik, aki nem bír illetőséggel a másik államban, és

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, welche die Person, die die Vergütungen zahlt, in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

(2) Erbringt ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat die Darbietungen eines in Absatz 1 erwähnten berufsmäßigen Künstlers oder Sportlers, so dürfen die Gewinne dieses Unternehmens aus dem Erbringen dieser Darbietungen ungeachtet anderer Bestimmungen dieses Abkommens in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn der auftretende berufsmäßige Künstler oder Sportler das Unternehmen unmittelbar oder mittelbar beherrscht.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 dürfen die dort genannten Einkünfte in dem Staat, in dem die Tätigkeit des Künstlers oder Sportlers ausgeübt wird, nicht besteuert werden, wenn der Auftritt wesentlich aus öffentlichen Mitteln dieses oder des anderen Vertragsstaats gefördert wird oder im Rahmen des von den Vertragsstaaten vereinbarten Kulturaustausches erfolgt.

Artikel 18

Ausübung öffentlicher Funktionen

(1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft in Ausübung öffentlicher Funktionen erbrachten Dienste gewährt werden, dürfen in diesem Staat besteuert werden. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Vergütungen an Personen gezahlt werden, die in dem anderen Staat ständig ansässig sind.

(2) Auf Vergütungen oder Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, finden die Artikel 15, 16 und 19 Anwendung.

c) a térítést nem az azt fizető személynek a másik államban lévő telephelye vagy állandó berendezése viseli.

(3) Tekintet nélkül ennek a cikknek előbbi rendelkezéseire, a nemzetközi forgalomban üzemeltetett tengeri hajó, légijármű vagy belvízi hajózás elbonyolítására szolgáló hajó fedélzetén végzett nem önálló munkáért járó térítés abban a Szerződő Államban adózatható, amelyben a vállalkozás tényleges üzletvezetésének helye van.

16. cikk

Felügyelőbizottsági és igazgatótanácsi térítés

A felügyelőbizottsági vagy igazgatótanácsi térítés és hasonló fizetés, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy olyan minőségében élvez, mint a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró társaság felügyelőbizottságának vagy igazgatótanácsának a tagja, a másik államban adózatható.

17. cikk

Művészek és sportolók

(1) Tekintet nélkül a 7., 14. és 15. cikkekre, az olyan jövedelem, amelyet az előadóművészek, mint színpadi, film-, rádió vagy televíziós művészek és a zeneművészek, valamint a sportolók élveznek ilyen minőségükben kifejtett személyes tevékenységükből, abban a Szerződő Államban adózatható, amelyben ezt a tevékenységet kifejtik.

(2) Amennyiben az egyik Szerződő Állam egy vállalkozása a másik Szerződő Államban az (1) bekezdésben említett előadóművészt vagy sportolót léptet fel, ennek a vállalkozásnak ebből a fellépésből származó nyeresége — függetlenül ennek az Egyezménynek más rendelkezéseitől — a másik Szerződő Államban adózatható, ha a fellépő előadóművész vagy sportoló a vállalatot közvetlenül vagy közvetve uralja.

(3) Az (1) és (2) bekezdéstől eltérően az ott megjelölt jövedelem nem adózatható abban az államban, amelyben a művészi vagy sporttevékenységet kifejtik, ha a fellépést az egyik vagy másik Szerződő Állam költségvetési eszközeiből lényegesen támogatják vagy a fellépésre a Szerződő Államok közötti kultúrcsere-megállapodás keretében kerül sor.

18. cikk

Közzolgáltatás

(1) A térítés, beleértve a nyugdíjat, amelyet az egyik Szerződő Állam vagy annak egyik területi köztisztviselője közvetlenül fizet, vagy ezen állam vagy a területi köztisztviselő által létesített külön alapról fizetnek egy természetes személynek ennek az államnak vagy a területi köztisztviselőnek közzolgáltatásban teljesített szolgálatért, ebben az államban adózatható. Ez azonban nem érvényes, ha a térítést a másik államban állandó illetőséggel bíró személynek fizetik.

(2) A Szerződő Államok egyikének vagy egyik területi köztisztviselőjének kereskedelmi vagy ipari tevékenységével kapcsolatban teljesített szolgálatért járó térítésre és nyugdíjra a 15., 16. és 19. cikkek alkalmazandók.

Artikel 19**Ruhegehalter**

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 1 dürfen Ruhegehalter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 20**Lehrer, Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen**

(1) Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig ist oder, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, in dem erstgenannten Staat ansässig war und die sich für höchstens zwei Jahre zwecks fortgeschrittener Studien oder Forschungsarbeiten oder zwecks Ausübung einer Lehrtätigkeit an einer anerkannten Universität, Hochschule oder anderen ähnlichen nicht auf Gewinnerzielung gerichteten Anstalt in dem anderen Vertragsstaat aufhält, ist in diesem Staat mit ihren Vergütungen, die sie für diese Arbeit aus dem Ausland bezieht, von der Steuer befreit.

(2) Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig ist oder, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, in dem erstgenannten Staat ansässig war und die sich in dem anderen Vertragsstaat lediglich als Student, als Lehrling oder als Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums vornehmlich zum Studium oder zu Forschungsarbeiten für höchstens 2 Jahre aufhält, ist in diesem Staat mit den für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbildung bestimmten Zahlungen von der Steuer befreit.

Artikel 21**Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte**

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22**Vermögen**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23**Beseitigung der Doppelbesteuerung**

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden die Einkünfte und die Vermögenswerte, die nach diesem

19. cikk**Nyugdíj**

A 18. cikk (1) bekezdésének fenntartásával a nyugdíj és hasonló térítés, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek korábbi, nem önálló munkáért fizetnek, csak ebben az államban adózatható.

20. cikk**Oktatók, egyetemi, főiskolai hallgatók és kiképzés alatt álló egyéb személyek**

(1) Az a természetes személy, aki az egyik Szerződő Államban illetőséggel bír, vagy közvetlenül azelőtt, hogy a másik Szerződő Államba ment, az elsőként említett államban illetőséggel bírt és a másik Szerződő Államban egy elismert egyetemen, főiskolán vagy valamely más hasonló, nem nyereségszerzést célzó intézménynél való továbbtanulási, kutatási vagy oktatási tevékenység céljából legfeljebb két évig tartózkodik, ebben az államban adómentes az olyan jövedelme tekintetében, amelyet ezért a tevékenységeért külföldről élvez.

(2) Az a természetes személy, aki az egyik Szerződő Államban illetőséggel bír, vagy közvetlenül azelőtt, hogy a másik Szerződő Államba ment, az elsőként említett államban illetőséggel bírt és a másik Szerződő Államban csupán mint egyetemi, főiskolai hallgató vagy szakmát tanuló, vagy mint támogatás, juttatás vagy ösztöndíj élvezője főleg tanulmányi vagy kutatási célból legfeljebb két évig tartózkodik, ebben az államban adómentes a tartását, tanulmányait vagy kiképzését célzó kifizetések tekintetében.

21. cikk**Kifejezetten nem említett jövedelem**

Az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek az előző cikkekben kifejezetten nem említett jövedelme csak ebben az államban adózatható.

22. cikk**Vagyon**

(1) A 6. cikk (2) bekezdésében meghatározott ingatlan vagyon abban a Szerződő Államban adózatható, amelyben ez a vagyon fekszik.

(2) Az az ingó vagyon, amely egy vállalkozás telephelyének üzemi vagyona vagy szabad foglalkozás gyakorlására szolgáló állandó berendezéshez tartozik, abban a Szerződő Államban adózatható, amelyben a telephely vagy az állandó berendezés van.

(3) A nemzetközi forgalomban üzemeltetett tengeri hajók és légijárművek, a belvízi hajózás lebonyolítását szolgáló hajók, valamint az az ingó vagyon, amely ezeknek a hajóknak és légijárműveknek üzemeltetésére szolgál, csak abban a Szerződő Államban adózatható, amelyben a vállalkozás tényleges üzletvezetésének helye van.

(4) Az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy minden más vagyonrésze csak ebben az államban adózatható.

23. cikk**Kettős adóztatás kiküszöbölése**

(1) A Németországi Szövetségi Köztársaságban illetőséggel bíró személyeknél az adót a következőképpen állapítják meg:

a) Amennyiben nem a b) pontot kell alkalmazni, azt a jövedelmet és vagyoni értéket, amely az Egyezmény

Abkommen in der Ungarischen Volksrepublik besteuert werden dürfen, von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Bundesrepublik Deutschland ausgenommen. Die Bundesrepublik Deutschland wird jedoch die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Ermittlung des Steuersatzes für die übrigen Einkünfte oder das übrige Vermögen berücksichtigen. Auf Dividenden ist Satz 1 nur anzuwenden, wenn die Dividenden einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft von einer in der Ungarischen Volksrepublik ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert der ersten genannten Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage für die Steuern der Bundesrepublik Deutschland vom Vermögen werden ebenfalls Beteiligungen an Gesellschaften ausgenommen, wenn deren Dividenden nach dem vorstehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.

- b) Die Steuer, die nach dem Recht der Ungarischen Volksrepublik und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für

1. Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen,
2. Einkünfte im Sinne des Artikels 16,
3. Einkünfte im Sinne des Artikels 17

gezahlt wird, wird unter Beachtung der Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die von diesen Einkünften in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer angerechnet.

- c) Buchstabe a ist für Gewinne, die einer in der Ungarischen Volksrepublik gelegenen Betriebstätte zugerechnet werden können, für Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, das Betriebsvermögen einer solchen Betriebstätte darstellt, und für Dividenden, die von einer in der Ungarischen Volksrepublik ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, sowie für die in der Ungarischen Volksrepublik belegenen Vermögenswerte, aus denen diese Einkünfte erzielt werden, nur anzuwenden, wenn die Betriebstätte oder die Gesellschaft, an der die Beteiligung besteht, ihre Einnahmen ausschließlich oder fast ausschließlich aus folgenden innerhalb der Ungarischen Volksrepublik ausgeübten Tätigkeiten bezieht: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, Dienstleistung oder Ausführung von Bank- oder Versicherungsgeschäften. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, ist Buchstabe b entsprechend anzuwenden. Bei der Besteuerung des Vermögens ist in diesem Fall die in Übereinstimmung mit dem Abkommen in der Ungarischen Volksrepublik erhobene Steuer nach Maßgabe der Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer anzurechnen.

(2) Bei einer in der Ungarischen Volksrepublik ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden die Einkünfte und die Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden dürfen, von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Ungarischen Volksrepublik ausgenommen. Die Ungarische Volksrepublik wird jedoch die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Ermittlung des Steuersatzes für die übrigen Einkünfte oder das übrige Vermögen berücksichtigen.

alapján a Magyar Népköztársaságban adóztatható, a Németországi Szövetségi Köztársaság adója szempontjából az adóalapból kivesszik. A Németországi Szövetségi Köztársaság azonban az így kivett jövedelmet és vagyoni értéket a többi jövedelem és vagyoni adótételének megállapításánál figyelembe veszi. Osztalékokra az első mondat csak akkor alkalmazható, ha azokat valamely a Németországi Szövetségi Köztársaságban illetőséggel bíró társaságnak a Magyar Népköztársaságban illetőséggel bíró olyan társaság fizeti, amelynek az elsőként említett társaságban a szavazatra jogosító érdekeltisége legalább 25%-os. A Németországi Szövetségi Köztársaság vagyonadóinak adóalapjából ugyancsak kivesszik a társasági érdekeltiségeket, ha azok osztalékaikat az előző mondat értelmében az adóalapból kivesszik vagy fizetés esetén kivennék.

- b) Azt az adót, amelyet a Magyar Népköztársaság joga alapján és az Egyezményvel összhangban

1. az a) pont alá nem eső osztalékok,
2. a 16. cikk szerinti jövedelmek és
3. a 17. cikk szerinti jövedelmek

után fizetnek, a Németországi Szövetségi Köztársaság adójának a külföldi adók beszámításáról szóló előírásai figyelembevételével beszámítják az ezekből a jövedelmekből a Németországi Szövetségi Köztársaságban beszedett adóba.

- c) Az a) pont a Magyar Népköztársaságban fekvő telephelynek beszámítható nyereségre, az olyan vagyon elidegenítéséből származó nyereségre, amely egy ilyen telephely üzemi vagyona, és olyan osztalékokra, amelyet a Magyar Népköztársaságban illetőséggel bíró társaság fizet, továbbá azokra a Magyar Népköztársaságban fekvő vagyoni értékekre, amelyekből ezeket a jövedelmeket elérik, csak akkor alkalmazható, ha a telephely vagy a társaság, amelyben az érdekeltiség fennáll, jövedelmét kizárólag vagy csaknem kizárólag a Magyar Népköztársaságban kifejtett következő tevékenységekkel szerzi: javak vagy áruk előállítása vagy értékesítése, szolgáltatás vagy bank- vagy biztosítási ügyletek lebonyolítása. Amennyiben ezek a feltételek hiányoznak, a b) pont alkalmazandó megfelelő módon. Ebben az esetben a vagyon megadóztatásánál a Magyar Népköztársaságban az Egyezményvel összhangban beszedett adó a Németországi Szövetségi Köztársaság adójának a külföldi adók beszámításáról szóló előírásai értelmében beszámítandó a Németországi Szövetségi Köztársaságban beszedett adóba.

(2) A Magyar Népköztársaságban illetőséggel bíró személyeknél az adót a következőképpen állapítják meg:

- a) Amennyiben nem a b) pontot kell alkalmazni, azt a jövedelmet és vagyoni értéket, amely az Egyezmény alapján a Németországi Szövetségi Köztársaságban adóztatható, a Magyar Népköztársaság adója szempontjából az adóalapból kivesszik. A Magyar Népköztársaság azonban az így kivett jövedelmet és vagyoni értéket a többi jövedelem és vagyoni adótételének megállapításánál figyelembe veszi.

- b) Die Steuer, die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für Dividenden gezahlt wird, wird auf die von diesen Einkünften in der Ungarischen Volksrepublik erhobene Steuer angerechnet. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf diese Einkünfte entfällt.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Bei der Besteuerung werden die Vertragsstaaten nach den allgemein anerkannten Grundsätzen über die Gleichbehandlung verfahren.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten oder sonstiger persönlicher Umstände zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Die Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Her-

- b) Azt az adót, amelyet a Németországi Szövetségi Köztársaság joga alapján és az Egyezményvel összhangban az osztalékok után fizetnek, beszámítják az ezebből a jövedelmekből a Magyar Népköztársaságban beszedett adóba. A beszámítandó összeg azonban nem haladhatja meg a beszámítás előtt megállapított adónak azt a részét, amely ezekre a jövedelmekre esik.

24. cikk

Egyenlő elbánás

(1) Az adóztatásnál a Szerződő Államok az egyenlő elbánás általánosan elismert alapelveinek megfelelően járnak el.

(2) Az egyik Szerződő Állam vállalkozásának a másik Szerződő Államban lévő telephelyét a másik államban nem lehet kedvezőtlenebbül adóztatni, mint a másik állam azonos tevékenységet folytató vállalkozását. Ez a rendelkezés nem értelmezhető akként, mintha az egyik Szerződő Államot arra köteleznék, hogy a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személyeknek személyi állapot vagy családi terhek vagy egyéb személyes körülmények alapján olyan adómentes összegeket, adókedvezményeket és adómentességeket nyújtson, amelyeket a saját területén illetőséggel bíró személyeknek nyújt.

(3) Az egyik Szerződő Állam vállalkozása, amelynek tőkéje teljesen vagy részben, közvetlenül vagy közvetve a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró egy vagy több személy tulajdonában vagy ellenőrzése alatt van, az elsőként említett államban nem vehető sem olyan adóztatás, sem pedig azzal összefüggő olyan kötelezettség alá, amely terheesebb, mint az az adóztatás és az azzal összefüggő kötelezettségek, amelyeknek az elsőként említett állam más hasonló vállalkozása alá van vagy alá lehetelve.

(4) Az „adóztatás” kifejezés ebben a cikkben bármilyen fajtájú és megnevezésű adót jelent.

25. cikk

Egyeztető eljárás

(1) Ha az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy véleménye szerint az egyik Szerződő Állam vagy mindkét Szerződő Állam intézkedései ránézve olyan adóztatáshoz vezetnek vagy vezetnek, amely nem felel meg az Egyezménynek, úgy ezeknek az államoknak a belső joga szerinti jogorvoslat csorbítása nélkül ügyét előterjesztheti annak a Szerződő Államnak az illetékes hatóságához, amelyben illetőséggel bír.

(2) Ha az illetékes hatóság a kifogást jogosnak találja és maga nincs abban a helyzetben, hogy kielégítő megoldást találjon, úgy törekedni fog az ügyet a másik Szerződő Állam illetékes hatóságával egyetértésben úgy rendezni, hogy az Egyezménynek meg nem felelő adóztatás elkerülhető legyen.

(3) A Szerződő Államok illetékes hatóságai törekedni fognak a nehézségeket vagy kétségeket, amelyek az Egyezmény értelmezésénél vagy alkalmazásánál felmerülnek, kölcsönös egyetértéssel eloszlatni. Tanácskoznak közösen arról is, hogy miként lehet a kettős adóztatást olyan esetekben, amelyeket az Egyezmény nem tartalmaz, elkerülni.

(4) A Szerződő Államok illetékes hatóságai az előző bekezdések értelmében létrehozandó egyetértés elérése céljából egymással közvetlenül érintkezhetnek. Amennyiben szóbeli véleménycsere az egyetértés elérése

beiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Artikel 26

Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden gegenseitig die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Informationen austauschen. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden (einschließlich Gerichten und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen, es sei denn, daß der Vertragsstaat, der die Informationen gegeben hat, hiergegen Einwendungen erhoben hat.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen,
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den geltenden Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschaffbar sind,
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

Artikel 28

Berlin-Klausel

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 29

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt zwei Monate nach dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten auf Steuerjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember des Jahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

erdeckeben célszerúnek látszik, úgy az ilyen véleménycsere lefolytatható olyan bizottságban, amely a Szerződő Államok illetékes hatóságainak képviselőiből áll.

26. cikk

Kölcsönös tájékoztatás

(1) A Szerződő Államok illetékes hatóságai kicserélik az Egyezmény végrehajtásához szükséges tájékoztatásokat. Valamennyi információt, amelyet az egyik Szerződő Állam kapott titokban kell tartani és csak olyan személyeknek és hatóságoknak (beleértve a bíróságokat és az államigazgatási hatóságokat) lehet hozzáférhetővé tenni, amelyek az Egyezmény hatálya alá eső adók tekintetében a kivetéssel, a beszedéssel, a végrehajtással vagy a bűnüldözéssel vagy a jogorvoslatra vonatkozó határozattal foglalkoznak. Ezek a személyek és hatóságok ezeket a tájékoztatásokat csak ilyen célokra használhatják fel. A tájékoztatásokat nyilvános bírósági eljárásban vagy bírósági határozatban közzétehetik, kivéve, ha az a Szerződő Állam, amely a tájékoztatásokat adta, ez ellen kifogást emelt.

(2) Az (1) bekezdés semmi esetre sem értelmezhető úgy, mintha az a Szerződő Államok egyikét kötelezné:

- a) olyan államigazgatási intézkedések hozatalára, amelyek ennek vagy a másik Szerződő Államnak a törvényeitől vagy államigazgatási gyakorlatától eltérnek;
- b) olyan adatok átadására, amelyek ennek vagy a másik Szerződő Államnak törvényei szerint vagy rendes igazgatási eljárásában nem szerezhetők be;
- c) olyan tájékoztatás adására, amely kereskedelmi, ipari vagy foglalkozási titkot vagy üzleti eljárást adna ki, vagy amelynek a közlése ellentmondana a közrendnek.

27. cikk

Diplomáciai és konzuli képviselők tagjai

Az Egyezmény nem érinti a diplomáciai vagy konzuli képviselők tagjainak adózási kiváltságait, amelyek a nemzetközi jog általános szabályai szerint vagy külön megegyezők alapján őket megilletik.

28. cikk

Berlin-záródek

Az Egyezmény az 1971. szeptember 3-i Négyoldalú Megállapodásnak megfelelően, összhangban a megállapított eljárással (Nyugat) Berlinre is kiterjed.

29. cikk

Hatálybalépés

(1) Az Egyezményt meg kell erősíteni; a megerősítő okiratokat Bonnban mielőbb ki kell cserélni.

(2) Az Egyezmény két hónappal a megerősítésről szóló okiratok kicserélése után lép hatályba és mindkét Szerződő Államban azokra az adózási évekre alkalmazandó, amelyek annak az évek december 31. napja után kezdődnek, amelyben a megerősítésről szóló okiratok kicserélése megtörtént.

Artikel 30**Außerkräfttreten**

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren seit dem Jahr des Inkrafttretens das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen in beiden Vertragsstaaten auf Steuerjahre nicht mehr anzuwenden, die nach dem 31. Dezember des Jahres beginnen, zu dessen Ende die Kündigung erfolgt ist.

30. cikk**Hatályvesztés**

Az Egyezmény határozatlan ideig marad hatályban, azonban a hatálybalépés évétől számított öt év életével mindegyik Szerződő Állam minden naptári év június 30-áig írásban diplomáciai úton felmondhatja az Egyezményt a másik Szerződő Államnál; ebben az esetben az Egyezmény a Szerződő Államokban már nem alkalmazandó azokra az adózási évekre, amelyek annak az évnél december 31. napja után kezdődnek, amelynek végére a felmondás történt.

GESCHEHEN zu Budapest am 18. Juli 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ungarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

KÉSZULT Budapesten, 1977. július 18-án, két eredeti példányban, mindkettő német és magyar nyelven, mindkét szöveg egyaránt hiteles.

Für die Bundesrepublik Deutschland
A Németországi Szövetségi Köztársaság nevében

Herm. Kersting

Hans Apel

Für die Ungarische Volksrepublik
A Magyar Népköztársaság nevében

Falu végi

Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Ungarische Volksrepublik

HABEN anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen am 18. Juli 1977 in Budapest die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteile des Abkommens sind.

(1) Zu Artikel 7:

Einer Bauausführung oder Montage dürfen in dem Vertragsstaat, in dem sich die Betriebsstätte befindet, nur solche Gewinne zugerechnet werden, die ein Ergebnis dieser Tätigkeiten selbst sind. Gewinne, die aus einer mit diesen Tätigkeiten im Zusammenhang stehenden oder davon unabhängig erfolgten Warenlieferung der Hauptbetriebsstätte oder einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens oder einer dritten Person herrühren, sind der Bauausführung oder Montage nicht zuzurechnen.

(2) Zu Artikel 8:

Der Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr sowie der Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, umfaßt auch die Unterhaltung von Agenturen für die Beförderung von Personen oder Waren, soweit die dort ausgeübten Tätigkeiten unmittelbar mit der Schifffahrt oder Luftfahrt einschließlich des Zubringerdienstes zusammenhängen.

(3) Zu Artikel 10:

- a) Absatz 2 gilt auch für die Gebühr auf die Dividenden- und Gewinnausschüttungen der Handelsgesellschaften, die in der Ungarischen Volksrepublik erhoben wird;
- b) der in Absatz 2 Buchstabe a genannte Steuersatz gilt auch für die Gewinnausschüttungen der ungarischen offenen Handelsgesellschaften, die wirtschaftliche Assoziationen mit ausländischer Beteiligung sind.

(4) Zu Artikel 23:

- a) Beteiligungen an ungarischen offenen Handelsgesellschaften und daraus erzielte Einkünfte fallen unter Absatz 1 Buchstabe a Satz 1;
- b) verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Ungarischen Volksrepublik zur Ausschüttung, so schließt Absatz 1 die Herstellung der „Ausschüttungsbelastung“ nach den Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland nicht aus.

GESCHEHEN zu Budapest am 18. Juli 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ungarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Jegyzőkönyv

A Németországi szövetségi Köztársaság
és
A Magyar Népköztársaság

a két állam között a jövedelem —, a hozadéki és a vagyonadók területén a kettős adóztatás elkerülését célzó egyezmény aláírása alkalmával 1977. július 18-án, Budapesten az alábbi, az egyezmény részét képező rendelkezésekben állapodtak meg:

(1) A 7. cikkhez:

Az építési kivitelezésnek vagy szerelésnek abban a Szerződő Államban, amelyben a telephely van, csak olyan nyereség tudható be, amely maguknak ezeknek a tevékenységeknek az eredménye. Az a nyereség, amely a fő telephely, a vállalkozás egy másik telephelye vagy egy harmadik személy ezekkel a tevékenységekkel összefüggő vagy ezektől független áruszállításaiból származik, az építési kivitelezésnek vagy szerelésnek nem tudható be.

(2) A 8. cikkhez:

A tengeri hajók és légitársaságok nemzetközi forgalomban való üzemeltetése, valamint a belvízi hajózárra szolgáló hajók üzemeltetése magában foglalja személyek vagy áruk szállítására ügynökség fenntartását is, amennyiben az ott kifejtett tevékenységek közvetlenül a ajózással vagy légiforgalommal függenek össze, beleértve a ki- és beszállítási szolgáltatást.

(3) A 10. cikkhez:

- a) A (2) bekezdés érvényes a kereskedelmi társaságok osztalék- és nyereségkifizetése után a Magyar Népköztársaságban beszédett illetékre is;
- b) A (2) bekezdés a) pontjában megjelölt adótétel érvényes azoknak a magyar közkereseti társaságoknak a nyereségkifizetéseire is, amelyek külföldi részvétellel működő gazdasági társulások.

(4) A 23. cikkhez:

- a) A magyar közkereseti társaságban való érdekeltség és az abból elért jövedelem az (1) bekezdés a) pontja első mondata alá esik;
- b) Amennyiben egy a Németországi Szövetségi Köztársaságban illetőséggel bíró társaság a Magyar Népköztársaságon belüli forrásból származó jövedelmet oszt fel, az (1) bekezdés nem zárja ki a Németországi Szövetségi Köztársaság adójogának előírásai szerinti „felosztási megterhelés” megvalósítását.

KÉSZULT Budapesten, 1977. július 18-án, két eredeti példányban, mindkettő német és magyar nyelven, mindkét szöveg egyaránt hiteles.

Für die Bundesrepublik Deutschland
A Németországi Szövetségi Köztársaság nevében
Herm. Kersting
Hans Apel

Für die Ungarische Volksrepublik
A Magyar Népköztársaság nevében
Faluvégi

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 17. März 1978
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Venezuela
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschifffahrt**

Vom 30. Mai 1979

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Caracas am 17. März 1978 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Venezuela zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschifffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels VI für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht dieser Anwendung die Unanfechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.

(2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels VI des Abkom-

mens für die Zeit bis zum Beginn des Jahres, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart unter Berücksichtigung der jeweiligen Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Venezuela insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel VI in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt
und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 30. Mai 1979

Der Bundespräsident
Scheel

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Matthöfer

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Venezuela
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschifffahrt**

**Convenio
entre el Gobierno de la República Federal de Alemania
y el Gobierno de la República de Venezuela
para evitar la doble tributación
a las empresas de transporte aéreo y marítimo**

**Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Venezuela —**

in der Absicht, die Doppelbesteuerung bei den Gewinnen und dem Vermögen der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschifffahrt zu vermeiden;

nach Prüfung und Feststellung der Gegenseitigkeit der Behandlung bezüglich der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschifffahrt der Vertragsparteien —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

- (1) Die Steuern, für die dieses Abkommen gilt, sind:
- a) in der Bundesrepublik Deutschland: die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zu diesen Steuern und die Vermögensteuer (im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);
 - b) in der Republik Venezuela: die Einkommensteuer (el Impuesto sobre la Renta) (im folgenden als „venezolanische Steuer“ bezeichnet).

(2) Das Abkommen gilt auch für die Änderungen der genannten Steuern und für alle anderen Steuern, die auf Grund des Steuergegenstands oder der Besteuerungsgrundlage den genannten Steuern in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht ähnlich sind und von einer Vertragspartei nach der Unterzeichnung des Abkommens erhoben werden.

Artikel II

(1) Der Ausdruck „Luftfahrt oder Seeschifffahrt“ bedeutet die Beförderung von Personen, Tieren, Waren und Post auf dem Luft- oder Seeweg durch Eigner oder Charterer von Luftfahrzeugen oder Schiffen einschließlich des Verkaufs von Flug- oder Schiffskarten und ähnlichen Dokumenten sowie jede sonstige mit dieser Beförderung unmittelbar verbundene Tätigkeit.

(2) Der Ausdruck „internationaler Verkehr“ bedeutet jede von deutschen oder venezolanischen Unternehmen mit Luftfahrzeugen oder Schiffen durchgeführte Beförderung, soweit die Luftfahrzeuge oder Schiffe nicht aus-

**El Gobierno de la República Federal de Alemania
y
el Gobierno de la República de Venezuela,**

con la finalidad de evitar la doble imposición sobre los beneficios y bienes de las empresas de transporte aéreo y marítimo;

Luego de haber examinado y comprobado la reciprocidad de trato en lo referente a las empresas de transporte aéreo y marítimo de las dos Partes Contratantes;

Han convenido en lo siguiente:

Artículo I

1. Los impuestos materia del presente Convenio son:
- a) En la República Federal de Alemania; el Einkommensteuer (impuesto sobre la renta); el Körperschaftsteuer (impuesto sobre sociedades) inclusive los gravámenes complementarios vinculados a los impuestos mencionados y el Vermögensteuer (impuesto sobre el patrimonio); (los cuales, en lo sucesivo, se denominan “impuesto alemán”).
 - b) En la República de Venezuela; el Impuesto sobre la Renta (el cual, en lo sucesivo, se denomina “impuesto venezolano”).

2. Este Convenio se aplicará también a las modificaciones que se introdujeran a los referidos impuestos y cualquier otro que en razón del hecho generador o de la base imponible, fuere jurídica y económicamente análogo a los ya citados y que una u otra de las Partes Contratantes estableciere con posterioridad a la firma del presente Convenio.

Artículo II

1. La expresión “ejercicio de la navegación aérea o marítima” significa la actividad de transporte por vía aérea o marítima de personas, animales, mercancías y correo, desarrollada por propietarios y fletadores de aviones o barcos incluida la venta de pasajes y documentos similares y cualquier otra actividad directamente relacionada con tales transportes.

2. La expresión “tráfico internacional” significa toda actividad de transporte efectuada por medio de aviones o barcos por empresas alemanas o venezolanas, excepto el caso en que las aeronaves o barcos sean utilizados

schließlich zwischen Orten innerhalb des Hoheitsgebiets der Republik Venezuela oder der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden.

(3) Der Ausdruck „venezolanische Unternehmen“ bedeutet Unternehmen, die dem venezolanischen Staat gehören, venezolanische öffentlich-rechtliche Körperschaften auf nationaler oder lokaler Ebene und natürliche Personen, die ihren steuerlichen Wohnsitz in Venezuela haben und nicht in der Bundesrepublik Deutschland ansässig sind, sowie nach venezolanischem Recht gegründete Kapital- oder Personengesellschaften, deren Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung sich im venezolanischen Hoheitsgebiet befindet.

(4) Der Ausdruck „deutsche Unternehmen“ bedeutet deutsche Unternehmen, die der Bundesrepublik Deutschland gehören, öffentlich-rechtliche Körperschaften der Bundesrepublik Deutschland auf nationaler oder lokaler Ebene und natürliche Personen, die ihren steuerlichen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben und nicht in Venezuela ansässig sind, sowie nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland gegründete Kapital- oder Personengesellschaften, deren Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland befindet.

(5) Der Ausdruck „zuständige Behörden“ bedeutet auf seiten Venezuelas die Dirección General de Rentas del Ministerio de Hacienda oder die sie vertretende Stelle und auf seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die das Ministerium vertretende Stelle.

Artikel III

(1) Einkünfte, die deutsche Unternehmen aus der Luftfahrt oder Seeschifffahrt im internationalen Verkehr beziehen, sind von der venezolanischen Steuer befreit.

(2) Einkünfte, die venezolanische Unternehmen aus der Luftfahrt oder Seeschifffahrt im internationalen Verkehr beziehen, sind von der deutschen Steuer befreit.

Unter den gleichen Voraussetzungen werden auch Luftfahrzeuge und Schiffe sowie das deren Betrieb dienende bewegliche Vermögen von der deutschen Vermögenssteuer befreit.

(3) Die Steuerbefreiung nach den Absätzen 1 und 2 erstreckt sich auch auf Beteiligungen deutscher und venezolanischer Unternehmen an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft der Luftfahrt oder Seeschifffahrt und einem sonstigen internationalen Betriebszusammenschluß auf dem Gebiet der Luftfahrt oder Seeschifffahrt.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten nur für deutsche Unternehmen, die am Tag der Unterzeichnung dieses Abkommens regelmäßigen Verkehr nach venezolanischen Flughäfen oder Häfen betreiben, und für venezolanische Unternehmen, die am Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens regelmäßigen Verkehr nach Flughäfen oder Häfen in der Bundesrepublik Deutschland betreiben.

Diese Bestimmungen gelten auch für deutsche und venezolanische Unternehmen, die in einem etwaigen künftigen Luftverkehrsabkommen zwischen den Vertragsparteien bezeichnet oder von den zuständigen Behörden im gegenseitigen Einvernehmen bestimmt werden.

(5) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels legen die gemäß diesen Bestimmungen von der Steuer befreiten Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschifffahrt den zuständigen Behörden der anderen Ver-

exklusivamente entre localidades situadas en el territorio de la República de Venezuela o de la República Federal de Alemania.

3. La expresión “empresas venezolanas” significa las empresas pertenecientes al estado venezolano, los organismos públicos venezolanos, sean de carácter nacional o local y las personas físicas residentes en Venezuela a todos los efectos fiscales y no residentes en la República Federal de Alemania, así como las sociedades de capital o de personas constituidas de conformidad con las leyes venezolanas y con domicilio de la dirección efectiva en territorio venezolano.

4. La expresión “empresas alemanas” significa las empresas alemanas pertenecientes a la República Federal de Alemania, los organismos públicos de la República Federal de Alemania, sean de carácter nacional o local y las personas físicas residentes en la República Federal de Alemania a todos los efectos fiscales y no residentes en Venezuela, así como las sociedades de capital o de personas constituidas de conformidad con las leyes de la República Federal de Alemania y con domicilio de la dirección efectiva en territorio de la República Federal de Alemania.

5. La expresión “autoridades competentes” significa, por lo que respecta a Venezuela, la Dirección General de Rentas del Ministerio de Hacienda, o la Oficina que haga sus veces y, por lo que respecta a la República Federal de Alemania, el Ministerio de Finanzas, o la Oficina que haga sus veces.

Artículo III

1. Estarán exoneradas del impuesto venezolano las rentas derivadas del ejercicio de la navegación aérea o marítima en tráfico internacional por empresas alemanas que ejerzan tal actividad.

2. Estarán exoneradas del impuesto alemán las rentas derivadas del ejercicio de la navegación aérea o marítima en tráfico internacional por empresas venezolanas que ejerzan tal actividad.

Dadas las mismas condiciones, estarán también exonerados del impuesto alemán sobre el patrimonio las aeronaves y los barcos así como los bienes muebles destinados a la operación de ellos.

3. La exoneración fiscal establecida en los párrafos anteriores 1 y 2 se aplica también en favor de las empresas alemanas y de las empresas venezolanas que participen en servicios en “pool”, en ejercicios en común de transporte aéreo o marítimo y a otros organismos internacionales de operación aérea o marítima.

4. Los párrafos 1, 2 y 3 que anteceden se aplicarán solamente a empresas alemanas que sirvan regularmente aeropuertos o puertos venezolanos para la fecha de firma del presente Convenio y a empresas venezolanas que sirvan regularmente aeropuertos o puertos en la República Federal de Alemania para la fecha de firma.

Estos párrafos se aplicarán también a empresas alemanas y venezolanas designadas de conformidad con las disposiciones pertinentes de un Convenio sobre Transporte Aéreo que pueda ser concluido en lo futuro entre ambas Partes Contratantes o determinadas de mutuo acuerdo por las autoridades competentes.

5. No obstante las disposiciones de los párrafos anteriores del presente Artículo, las empresas aéreas y marítimas exoneradas del impuesto de conformidad con estas disposiciones deberán presentar a las autoridades compe-

tragspartei ausschließlich zu statistischen Zwecken eine Erklärung der wirtschaftlichen Ergebnisse ihrer Luft- oder Seetransporttätigkeit und der damit verbundenen Tätigkeiten im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vor.

Artikel IV

(1) Die zuständigen Behörden können, wenn sie es für erforderlich halten, einander konsultieren, um die beiderseitige Durchführung und die Beachtung der Grundsätze und Bestimmungen dieses Abkommens zu gewährleisten. Eine solche Konsultation kann von jeder Vertragspartei beantragt werden und muß dann innerhalb von sechzig (60) Tagen beginnen.

(2) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden auf friedlichem, völkerrechtlich anerkanntem Weg entschieden.

Artikel V

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Venezuela innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel VI

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem auf diplomatischem Weg die letzte der Notifikationen der Vertragsparteien über die Erfüllung der jeweiligen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfolgt; es ist bei der Besteuerung von Unternehmen der Luft- und Schifffahrt auf die Steuern anzuwenden, die für das Steuerjahr 1974 und die folgenden Steuerjahre erhoben werden.

Artikel VII

Dieses Abkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft, jedoch kann es von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten auf diplomatischem Weg gekündigt werden; in diesem Fall wird das Abkommen am 1. Januar des Jahres ungültig, das dem Jahr folgt, in dem die Kündigungsfrist abläuft.

GESCHEHEN zu Caracas am 17. März 1978 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

tentes de la otra Parte Contratante, para fines estadísticos únicamente, una declaración de los resultados económicos de sus operaciones de transporte aéreo o marítimo y de las operaciones con ellas conexas ejecutadas en el territorio de la otra Parte Contratante.

Artículo IV

1. Las autoridades competentes podrán realizar consultas cuando lo estimen conveniente, con el fin de asegurar la recíproca aplicación y el cumplimiento de los principios y disposiciones del presente Convenio. Tal consulta podrá solicitarla cualquiera de las Partes Contratantes y ésta debe iniciarse dentro de los sesenta (60) días contados a partir de la fecha de la solicitud.

2. Las diferencias entre las Partes Contratantes relativas a la interpretación o ejecución de este Convenio serán decididas por las vías pacíficas reconocidas en el derecho internacional.

Artículo V

El presente Convenio se aplicará también al Land Berlín en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno de la República de Venezuela dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo VI

El presente Convenio entrará en vigor el día primero del mes siguiente a aquel en el que se efectuó la última de las notificaciones de las Partes Contratantes, por vía diplomática, de haber cumplido con sus respectivos requisitos constitucionales para tal fin y se aplicará en la imposición a empresas de transporte aéreo y marítimo a aquellos impuestos que se perciban por el año fiscal 1974 y los sucesivos años fiscales.

Artículo VII

El presente Convenio permanecerá en vigencia por tiempo indeterminado, pudiendo ser denunciado por cada una de las dos Partes Contratantes mediante preaviso de seis (6) meses por vía diplomática. En tal caso el Convenio dejará de tener efecto a partir del 1º de Enero del año sucesivo al del vencimiento del preaviso.

HECHO en Caracas, a los diecisiete días del mes de marzo de mil novecientos setenta y ocho, en dos ejemplares en idiomas castellano y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Por el Gobierno de la República Federal de Alemania

Rudolf Spang
Botschafter
Embajador

Für die Regierung der Republik Venezuela
Por el Gobierno de la República de Venezuela

Simón Alberto Consalvi
Außenminister
Ministro de Relaciones Exteriores

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Einführung eines Einheitlichen Gesetzes
über den internationalen Kauf beweglicher Sachen**

Vom 17. Mai 1979

Das Übereinkommen vom 1. Juli 1964 zur Einführung eines Einheitlichen Gesetzes über den internationalen Kauf beweglicher Sachen (BGBl. 1973 II S. 885) wird nach seinem Artikel X Abs. 2 für

Luxemburg

am 6. August 1979

in Kraft treten.

Luxemburg hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

"Pursuant to Article III of the Convention relating to a uniform law on the international sale of goods and Article III of the Convention relating to a uniform law on the formation of contracts for the international sale of goods, the Uniform Laws will be applied only if each of the parties to the contract of sale has his place of business or, if he has no place of business, his habitual residence in the territory of a different Contracting State."

„Nach Artikel III des Übereinkommens zur Einführung eines Einheitlichen Gesetzes über den internationalen Kauf beweglicher Sachen und Artikel III des Übereinkommens zur Einführung eines Einheitlichen Gesetzes über den Abschluß von internationalen Kaufverträgen über bewegliche Sachen werden die Einheitlichen Gesetze nur angewendet, wenn die Parteien des Kaufvertrages ihre Niederlassung oder in Ermangelung einer Niederlassung ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet verschiedener Vertragsstaaten haben.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Juli 1974 (BGBl. II S. 1122).

Bonn, den 17. Mai 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Einführung eines Einheitlichen Gesetzes über den Abschluß
von internationalen Kaufverträgen über bewegliche Sachen**

Vom 17. Mai 1979

Das Übereinkommen vom 1. Juli 1964 zur Einführung eines Einheitlichen Gesetzes über den Abschluß von internationalen Kaufverträgen über bewegliche Sachen (BGBl. 1973 II S. 885, 919) wird nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Luxemburg
in Kraft treten.

am 6. August 1979

Luxemburg hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

"Pursuant to Article III of the Convention relating to a uniform law on the international sale of goods and Article III of the Convention relating to a uniform law on the formation of contracts for the international sale of goods, the Uniform Laws will be applied only if each of the parties to the contract of sale has his place of business or, if he has no place of business, his habitual residence in the territory of a different Contracting State."

„Nach Artikel III des Übereinkommens zur Einführung eines Einheitlichen Gesetzes über den internationalen Kauf beweglicher Sachen und Artikel III des Übereinkommens zur Einführung eines Einheitlichen Gesetzes über den Abschluß von internationalen Kaufverträgen über bewegliche Sachen werden die Einheitlichen Gesetze nur angewendet, wenn die Parteien des Kaufvertrages ihre Niederlassung oder in Ermangelung einer Niederlassung ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet verschiedener Vertragsstaaten haben.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Juli 1974 (BGBl. II S. 1123).

Bonn, den 17. Mai 1979

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gebörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,60 DM (4,80 DM zuzüglich —,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 6,10 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1996 AX · Gebühr bezahlt

Fundstellennachweis A

Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1978 — Format DIN A 4 — Umfang 316 Seiten

Die Neuauflage 1978 weist folgende Vorschriften mit den inzwischen eingetretenen Änderungen nach:

- a) die im Bundesgesetzblatt Teil III enthaltenen,
 - b) (von völkerrechtlichen Vereinbarungen und Verträgen mit der DDR abgesehen) die nach dem 31. Dezember 1963 im Bundesgesetzblatt Teil I und II sowie im Bundesanzeiger verkündeten,
- soweit sie noch gültig sind.

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1978 — Format DIN A 4 — Umfang 460 Seiten

Der Fundstellennachweis B enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die — soweit ersichtlich — noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Herausgegeben vom Bundesminister der Justiz

Einzelstücke können zum Preis von 22,50 DM zuzüglich 2,00 DM Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509 bezogen werden. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.